Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, ... zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, ... Mk. 2.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 172. Freitag, den 26. Juli 1907. 18. Jahrgang.

Insertionsgebühr beträgt für die sechsspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt-, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Universitäts-Bibliothek Breslau.

Kaffee und Zucker.

Es gibt keinen Haushalt in dem heute Kaffee und Zucker zu entbehren wären. Ist Kaffee nur ein Genußmittel, so ist Zucker längst zu einem Nahrungsmittel geworden, dessen Gebrauch in Deutschland leider durch die Besteuerung noch zu sehr eingeschränkt wird. Naturgemäß spielen diese Konsumartikel auf dem Weltmarkt eine hervorragende Rolle, sie sind bedeutende Objekte der Spekulation, die Preise sind daher außerordentlichen Schwankungen unterworfen. Gerade jetzt sind Ereignisse eingetreten, die in absehbarer Zeit sowohl am Kaffee- als am Zuckermarkt tiefeinschneidende Bewegungen hervorrufen dürften.

Die Kaffeepflanzer trauern, die Kaffeespekulation ist trübe gestimmt, weil **Ueberfluß an Kaffee** vorhanden ist. Eigentlich sollte man doch froh gestimmt sein, daß der Erntesegen so reichlich war, doch wir leben in der kapitalistischen Welt. Wohl gibt es Leute genug, die gern mehr und besseren Kaffee als bisher trinken wollten, die den starken Vorräten gar schnell ein Ende bereiten würden, doch sie vermögen die Kosten nicht zu erschwingen, andererseits sind die Läger überfüllt, man greift zu den künstlichsten Mitteln, um die Waren nicht an den Markt zu bringen, damit die Preise nicht fallen. Brasilien ist das Hauptversorgungsland in Kaffee, in den beiden Kaffeeprovinzen Rio und Santos betrug im Jahre 1906/07 die Ernte etwa 19 Millionen Sack gegen das Durchschnittsergebnis der Vorjahre von etwa 10 Millionen Sack. Auch aus dem vorhergegangenen Jahre waren Vorräte zurückgeblieben, sodaß sich die Regierung der beteiligten brasilianischen Staaten zu dem seltsamen Mittel entschloß, 7 bis 8 Millionen Sack für ihre Rechnung aufzukaufen, unter Verschluß zu legen, um so den Markt zu entlasten. Wie lange sie diese Mengen zurückhalten kann, hängt davon ab, ob sie die dazu notwendigen Geldmittel auftreiben kann. Außer diesem Staatsbesitz an Kaffee kommen nach Schätzungen zur Zeit noch 8 Millionen Sack zum Verkauf am Weltmarkt in Betracht, und schon „droht" eine neue Ernte, die etwa 12 bis 13 Millionen Sack erbringen wird. Die Brasilianischen Pflanzer sollen der Verzweiflung nahe sein, man berichtet, daß sie sich mit den wahnsinnigsten Plänen trügen, einen Teil der Kaffeesträucher zu vernichten, um den Erntesegen einzudämmen. So läßt der Kapitalismus Ueberfluß zum Fluch werden.

Der **Zuckermarkt** ist „gedrückt", wie es in der Börsensprache heißt. Ernste Erscheinungen sind es, die diese Beunruhigung veranlaßt haben. Für das wirtschaftliche Leben Deutschlands hat die Zuckerproduktion an Bedeutung von Jahr zu Jahr zugenommen. Der aus Rüben hergestellte Zucker hat bekanntlich auf dem Weltmarkt das aus Zuckerrohr gewonnene Produkt völlig verdrängt, nur etwa ein Drittel der Gesamtproduktion wird aus Zuckerrohr erzeugt. Für die Zuckerrohrproduktion kommen in erster Reihe die englischen Kolonien (Westindien) in Betracht, die auf dem englischen Markt durch die Auslandskonkurrenz mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt wurden. Die Länder des Kontinents und besonders **Deutschland** bombardierten England mit billigem Zucker, während das Heimatland weit höhere Preise zahlen mußte. Das war die Folge der **Liebesgaben-Politik**, die den Zuckerproduzenten Ausfuhrprämien gewährte, um deren jeweilige Höhe der Auslandspreis ermäßigt wurde auf Kosten des Inlandes, das weiterhin unter hohen Verbrauchsabgaben litt. England war der billige Zucker sehr angenehm, sein Gebrauch stieg enorm, die eigene Produktion wurde gänzlich aufgegeben. Hauptkonsument war und ist dort die sehr umfangreiche Marmelade-Fabrikation. Die englischen Kolonien rebellierten, sie wollten sich von dem durch Ausfuhrprämien verbilligten Zucker ihre Produktion nicht ganz vernichten lassen. Auch die ausführenden Länder litten je länger je stärker unter diesem System, denn selbst die Junkerregierung in Deutschland war bei dem chronischen Geldmangel, der aus Abscheu vor direkter Besteuerung herrührt, kaum noch imstande die Liebesgaben an die zuckerproduzierenden Junker zu zahlen. So kam denn im März 1902 die **Brüsseler Konvention** zustande. Es ist dies eine Vereinbarung, die Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Belgien, Spanien, Frankreich, England, Italien, Holland, Schweden und Norwegen getroffen haben, nach der diese Länder sich verpflichteten vom 1. September 1903 ab alle für die Erzeugung oder die Ausfuhr von Zucker gewährten direkten oder indirekten Prämien abzuschaffen, und die Einfuhr aus Ländern, die Prämien weiterzahlen mit Strafzöllen zu belegen, die mindestens so hoch sind wie die gezahlten Prämien, oder gar die Einfuhr prämiierten Zuckers zu verbieten. Diese Konvention hat bisher durchaus segensreich gewirkt, auch die englischen Kolonien waren von dem Zustand befriedigt. Nun aber tauchte plötzlich die Kunde auf, daß das inzwischen zur Herrschaft gekommene liberale Ministerium die Konvention, die am 1. September 1908 abläuft, kündigen wolle. Noch steht die Tatsache nicht fest, auch ist nicht bekannt wie sich England mit seinen Kolonien, die gegen die Kündigung inzwischen Protest erhoben haben, abfinden will. Ist die Situation auch noch völlig ungeklärt, so wirft die immerhin mögliche Kündigung doch ihre Schatten voraus. Die deutsche Regierung hat offiziös erklärt, daß bei einer Auflösung der Konvention an die Wiedereinführung der Ausfuhrprämien schon aus finanziellen Gründen nicht zu denken sei. Das deutsche Volk müßte sich einen solchen Frevel auch sehr entschieden verbitten, und doch in den Jahren 1881/82 bis einschließlich 1902 1185 Millionen Mark Ausfuhrprämien gezahlt worden, um deren Höhe der deutsche Verbrauch verteuert wurde. Am 25. Juli tritt eine Konferenz der beteiligten Staaten in Brüssel zusammen, die sich mit der Frage der Zucker-Konvention befassen wird. Tritt England von der Konvention zurück, dann kann die Situation für die deutsche Zuckerindustrie in der Tat sehr peinlich werden, wenn nicht Verhütungsmaßregeln getroffen werden. Wie immer schon erheben wir deshalb den Ruf nach Steuerfreiheit für Zucker im Interesse der deutschen Konsumenten und dem gleichzeitigen Interesse der deutschen Zuckerindustrie. Die deutsche Sozialdemokratie hat diese Forderung zu allen Zeiten vertreten.

* * *

Das Fleisch.

Gegenüber übertriebenen Vorstellungen von der gesteigerten Lebenshaltung der Arbeiterschaft während der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, dürfte es auch angebracht sein auf die Angaben einiger Handelskammerberichte über die Zahl der in ihren Bezirken erfolgten **Schlachtungen** im Jahre 1906 hinzuweisen. Nach dem Jahresbericht der Handelskammer für das **Großherzogtum Sachsen-Weimar** ist die Zahl der Schlachtungen in den Städten Weimar, Eisenach, Jena, Apolda Ilmenau, Weida und Neustadt an der Orla allgemein zurückgegangen. Es wurden geschlachtet:

	1905	1906
Schweine	51,170	48,900
Rinder	11,130	11,074
Kälber	19,995	19,989
Hammel	17,403	16,582

Charakteristisch ist, daß in den in Frage kommenden Bezirken die Zahl der industriellen Betriebe von 598 im Jahre 1905 auf 671 im Jahre 1906 gestiegen ist, die Zahl der im Großherzogtum Sachsen beschäftigten industriellen Arbeiterschaft stieg von 26,158 auf 29,013. Sicher ist mithin, daß der Fleischkonsum der Arbeiterschaft zurückgegangen ist.

Aus **Landeshut** in Schlesien meldet ja der Handelskammerbericht sogar, daß auf dem städtischen Schlachthof in Landeshut im Jahre 1906 unter anderem geschlachtet wurden **308 Pferde und 17 Hunde**. Landeshut ist bekanntlich Sitz einer alten Leinenindustrie, eines ebenso alten Weberelends, wo zurzeit die Arbeiter der größten Fabrik ausgesperrt sind. Die Korporation der Kaufmannschaft zu **Königsberg** i. Pr. schreibt in ihrem Bericht:

„Die Preise der meisten Lebensmittel waren im Berichtsjahre wiederum sehr hoch und verteuerten die Lebenshaltung großer Schichten der Bevölkerung erheblich. .... Im Betriebsjahre April 1905/06 hatte der **Fleischverbrauch** in Königsberg sich von 63,029 auf 50,411 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung vermindert. Auch die **Butterpreise** stiegen entsprechend den allgemeinen Teuerungsverhältnissen und den erhöhten Schutzzöllen. Infolgedessen war ein steigender Bedarf nach Ersatzmitteln."

Nimmt man dazu die gestiegenen Wohnungsmieten, so wird zuzugeben sein, daß es bei uns in Schlesien und im ganzen Osten überhaupt, sehr schwer ist, die Lebenshaltung der Arbeiter wesentlich zu steigern. Jedenfalls steht das bisher Erreichte hinter dem zu Erkämpfenden noch weit zurück. Die Arbeiterschaft muß auch in Zukunft durch die Gewerkschaften höhere Löhne erkämpfen und durch ihre politische Partei weitere Teuerungen abzuwehren suchen.

Die Geschichte einer Flucht.

Von Gustav Rouanet-Paris.
Mitglied der französischen Deputiertenkammer.
Berechtigte deutsche Uebersetzung.

12) (Nachdruck verboten.)

Der Brigadier salutierte und meldete dann:

„Herr Hauptmann, wir sind auf der Suche nach drei Ausgebrochenen. Sollten Sie nicht vielleicht hier darauf etwas von ihnen bemerkt haben?"

„Ah so, darum also ... ich fragte mich schon, was dieses Ausschwärmen der Reiter bedeuten sollte. Nein, wir haben nichts gesehen. Du hast doch auch keinen Flüchtling gesehen," fragte er den eingeborenen Reiter, der ihm folgte.

„Nein, Herr Hauptmann."

Der Offizier setzte mit seiner Ordonanz den Weg fort.

Ich hatte den Wachtmeister von den Chasseurs d'Afrique, der noch immer vor uns hielt, nicht wiedererkannt, weil er vor meiner Einkerkerung Fähnrich gewesen war. Er war ein angenehmer Schwerenöter, sehr beliebt bei den Mannschaften. Ich sah jetzt, daß er offenbar nicht avanciert war und in der Unteroffizierskarriere bleiben mußte.

„Na!" rief er aus. „Wir können ja noch bis auf die Höhe hinaufreiten. Wenn sie sich verkrümelt haben, dann um so besser! Meinetwegen brauchen sie nicht erwischt zu werden."

Wir hatten diese Unterhaltung regungslos mitangehört. Um uns nicht zu verraten, hielten wir unseren Atem an.

Sie ritten ab. Schweigend zogen wir unsere Decke über uns und harrten der Dinge, die da kommen sollten.

Wie lange hat wohl diese angstvolle Erwartung gedauert? Ich kann es nicht sagen. Aber es verging eine lange Zeit. Wir begannen wieder Hoffnung zu schöpfen. Plötzlich hörten wir das Geräusch von fallenden Steinen, die sich unter den Hufen mehrerer Pferde losgelöst hatten. Wir lagen langausgestreckt, die Felle bis an den Kopf heraufgezogen; wir unsere Augen [illegible]. So sahen wir denn, wie die drei Reiter, denen sich noch zwei andere angeschlossen hatten, von der anderen Seite in den Steinbruch einritten. Die Pferde setzten ihre Füße mit der außerordentlichen Geschicklichkeit, die man an ihnen in Algier bewundern kann, auf die losen Steine und schritten ganz langsam vorwärts.

Jetzt kamen sie bis an den Eingang der Hütte und wir taten, als ob wir erst durch das Geräusch aus dem Schlafe geweckt worden.

„[illegible] Ihr Schläfer. Ihr habt ja einen schönen Schlaf," sagte der Wachtmeister, indem er vom Pferde stieg.

VII.

Gefangen!

Jetzt hieß es kaltblütig sein. Wir dehnten uns langsam, rieben uns die Augen und gähnten aus voller Kehle.

„Na was ist denn, was macht Ihr denn da, wer seid Ihr denn?" fragte Gras, indem er mit außerordentlichem Geschick sein Erstaunen markierte.

Der Wachtmeister sah mich einen Augenblick an. Auch ich heuchelte Ueberraschung.

„Ja," sagte der Wachtmeister, „wir suchen drei Ausbrecher, die gestern Abend ausgebrochen sind, die ganze Kavallerie von Biskra, Chasseurs, Spahis und Eingeborenen durchsuchen die Hügel von Sfa. Strengste Order ist gegeben, besonders einen zu fassen, der einen schwarzen Schnurrbart trägt, wie der da" und damit zeigte er auf mich.

Ich zuckte die Achseln: „Wenn Sie Befehl haben, alle Leute mit schwarzem Schnurrbart zu verhaften, die Sie treffen, dann werden Sie zwischen Biskra und hier schon eine Menge Gefangene gemacht haben", sagte ich.

Der Wachtmeister warf den Kopf zurück.

„Nicht alle Leute mit schwarzem oder blondem Schnurrbart tragen Militärhemden wie das, das Sie tragen. Ihr tragt ja alle beide Militärhemden. Ich sehe von hier aus den schwarzen Stempel."

Ich ließ mich nicht aus der Fassung bringen: „Als ob man nicht allenthalben Militärhemden und Hosen von Ausgebrochenen oder auch von Chasseurs kaufen könnte? Die Hemden, die wir tragen, hat uns Kartus, unser Arbeitgeber besorgt."

„Sie sind aber schmutzig und abgerissen."

„Arbeiten Sie mal mit uns ein paar Stunden in dem Steinbruch, dann werden Sie ja sehen, wie Ihr Hemd ausschaut ... und überhaupt wenn Sie Ausgebrochene suchen, dann suchen Sie sie anderswo. Wir haben gestern Nacht ein bißchen in Biskra gefeiert und wollen schlafen. Uebrigens haben Sie den Kartus nicht getroffen, er muß doch auf dem Wege sein."

„Ihr arbeitet also bei Kartus? Für wen arbeitet Ihr denn?"

„Für Baumaden. Wir schlagen Steine zum Bauen der Kavalleriekaserne."

Unser sicheres Auftreten schien auf den Wachtmeister Eindruck zu machen. Wir legten uns wieder hin und zogen die Felle bis ans Kinn hinauf.

„[illegible]," sagte der Wachtmeister. „Ihr seht mir gerade so aus, [illegible] die Ausbrecher, die wir suchen. Der Gemeine da hinten besonders scheint mir dem ehemaligen Schreiber Rouanet verteufelt ähnlich zu sehen. Ich sage Euch, es sind die strengsten Befehle gegeben worden. Man hat sogar angeordnet, daß man die Flüchtlinge wie Kaninchen zusammenschießt, wenn sie versuchen sollten zu fliehen. Na, Ihr wißt, daß ich nicht zu dem Bataillon gehöre. Ich pfeife auf die Befehle des Hauptmanns Fouillon ... der hat mir gar nichts zu sagen ..... Wenn ich die Kerle erwische dann binde ich sie an den Schwanz meines Pferdes wie mir mein Eskadronchef befohlen hat, weiter habe ich gar nichts zu tun. Aber die Spahis und die Eingeborenen was die machen, das kann man nicht wissen; wenn die Flüchtlinge denen in die Hände fielen, dann hätten sie wahrscheinlich nichts zu lachen. Die Araber schnüren die Leute, daß ihnen das Blut an den Gliedern runterläuft. Ja, so ein eingeborener Unteroffizier der schickt ihnen womöglich eine blaue Bohne in den Leib, ohne viel Federlesens zu machen."

Der Wachtmeister hatte sicherlich keinen Hintergedanken, als er so zu uns sprach. Was er sagte, war auch durchaus richtig; wir wußten ja, wie es in Algier zuging und heute noch zugeht, wenn man Eingeborene auf die Spuren von Flüchtlingen hetzt. Aber wir mußten doch versuchen, einer sofortigen Gefangennahme zu entgehen. Die Gefahr, von arabischen Reitern aufgegriffen zu werden bestand zwar, aber sie war nicht unmittelbar drohend. Jetzt handelte es sich für uns zunächst darum den Chasseurs d'Afrique zu entgehen.

„Wenn die Araber uns arretieren, sagte ich, dann kann das für die Militär-Verwaltung eine unangenehme Sache werden. Kartus ist mit dem Advokaten Foretoll in Constantine verwandt. Der würde unsere Sache schon zu führen wissen."

(Dieser Foretoll, von dem hier die Rede ist, ist heute Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer. Kartus hatte mir erzählt, daß es ein Verwandter von ihm sei.)

Der Wachtmeister stand noch einen Augenblick zögernd da. Dann stieg er wieder auf sein Pferd, sah mich noch einmal aufmerksam an, gab seiner kleinen Truppe ein Zeichen und ritt den Weg zurück, den er gekommen war.

* * *

„Wenn jetzt nur nicht die Araber über uns kommen!" murmelte Gras besorgt.

„Man kann mit einiger Wahrscheinlichkeit annehmen, daß der Wachtmeister den [illegible], die hier herumstreifen, sagen wird, in dem Steinbruch seien die Flüchtlinge nicht", sagte ich, um meine Kameraden und mich selbst ein wenig zu beruhigen. Denn ich hatte ebensoviel Furcht vor einem Zusammentreffen mit den eingeborenen Reitern, wie Gras. Wenn diese Kerle einen Flüchtling erwischen können, dann behandeln sie ihn mit der raffiniertesten Grausamkeit, um ihren Eifer zu zeigen, und um nebenbei auch ihre verhaltene Wut gegen alles was Franzose ist, auszutoben.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Ueber die gesetzgeberischen Vorbereitungen für den nächsten Reichstag wird den „Münchener neuesten Nachrichten" aus Berlin gemeldet, mit Bestimmtheit dürfe man darauf rechnen, daß die Novelle zum Börsengesetz und der Scheckgesetzentwurf an den Reichstag kommen, wenn er am 19. November nach der Vertagung wieder seine Pforten öffnet. Fraglich sei dagegen, ob die Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Dänemark bis dahin zu einer Beendigung geführt haben.

Von sozialpolitischen Maßregeln seien das Hilfskassengesetz und die Novelle des Unterstützungswohnsitzes bereits im aufgelösten Reichstag soweit beraten worden, daß unter Verwendung dieser früheren Arbeiten die Fertigstellung dieser beiden Gesetze schließlich noch allzu viel Zeit und Mühe kosten werde. Angekündigt sei weiter die durch die Berner Konvention vom 26. September 1906 geforderte Regelung der Vorschriften über die Nachtruhe der Arbeiterinnen in Gewerbebetrieben. Hier seien uns Frankreich und England bereits vorangegangen, aber da wir das Verbot der Frauen-Nachtarbeit schon haben, handele es sich bei uns kaum um mehr als eine Formfrage. Bedeutsamer sei die ebenfalls angekündigte Herabsetzung der elfstündigen Maximalarbeitszeit für erwachsene Arbeiterinnen, also die Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages. In der Praxis sei der Zehnstundentag jetzt schon in der Regel die Höchstgrenze der Arbeitszeit für Arbeiterinnen. (?) Die gesetzliche Festlegung bedeute somit nur die Kodifikation einer Tatsache, durch die nur die noch rückständigen Betriebe einem Zwange unterstellt werden. Solche rückständige Betriebe haben wir in Schlesien sehr viel.

Bezweifelt wird, daß die Reform der großen sozialen Versicherung schon im nächsten Winter an den Reichstag kommen werde. Man sei bezüglich der „durchgreifenden Reform" immer bescheidener geworden. Von einer Verschmelzung der drei Versicherungszweige (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung) sei nicht mehr die Rede. Dagegen werde die Heimarbeiterfrage den Reichstag schon in der nächsten Session beschäftigen, ebenso die reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts.

Bei alledem kommt es aber mehr auf das „Wie" als auf das „Was" an. Wie die Gesetze aussehen werden, davon hängt Beratung und Beschlußfassung ab.

Wenn Staatsbeamte beleidigen und „verächtlich" machen. Während alle Welt auf die Sühne wartet, die Herr Liebert und sein guter Freund Arendt durch ihre Schimpferei bei dem Münchener Peters-Prozeß nötig gemacht haben, hat sich in aller Stille eine friedlich-schiedliche Versöhnung vollzogen. Eine etwas ungewöhnliche Versöhnung zwischen Gerichten und Angeklagten nämlich, wie sie nur ganz auserlesenen Gliedern der höheren Gesellschaft zu Teil werden kann. Die „Köln. Ztg." weiß darüber zu melden:

„Wie wir hören, hat zwischen amtlichen Stellen und den Herren General von Liebert und Abg. Dr. Arendt ein Schriftwechsel stattgefunden wegen der beleidigenden Aeußerungen, die diese Herren in dem Münchener Peters-Prozeß über den Disziplinarhof getan hatten. Die Herren von Liebert und Arendt sollen im Verlaufe dieses Schriftwechsels ihre beleidigenden Aeußerungen in aller Form zurückgenommen haben. Ob diese Rücknahme einen Verzicht auf die Strafverfolgung, die im Interesse der staatlichen Autorität ins Auge gefaßt war, rechtfertigen wird, wird man erst nach Kenntnis des Wortlauts der Erklärungen beurteilen können, deren Veröffentlichung um so notwendiger erscheint, als auch die [illegible] Aeußerungen über den Disziplinarhof in öffentlicher Versammlung gefallen waren."

Und eine spätere Auslassung fügt noch dieser Veröffentlichung hinzu:

„Wenn die Abgeordneten von Liebert und Dr. Arendt, wird gemeldet, die ihre im Prozeß Peters gegen den Disziplinarhof gerichteten Angriffe in aller Form zurückgenommen haben, so dürfte nicht weiter eingeschritten werden. Eine amtliche Erklärung wird demnächst in dieser Angelegenheit erfolgen."

Die Herren sind fürs Gefängnis ja auch viel zu gut. Dahinein gehören arme Teufel und Sozialdemokraten, die einmal über die Schnur hauen, die aber nicht erst, wenn sie von „Justizmord" und Schandfleck reden, sondern schon bei viel harmloseren Kleinigkeiten. Für uns liegt dieser sensationelle Vorgang ja keine neue Lehre, aber denen, die am Dienstag Abend beim deutschen Sängerfest hören mußten, wie in einem Ostmarkenlied das gleiche Recht für Hütte und Palast besungen wurde, wird vielleicht durch das eingestellte Strafverfahren ein kleines Licht aufgesteckt, das hoffentlich länger brennt, als die Festesillumination.

Die hiesige Presse katholischer Arbeitervereine gegen das Zentrum und seine Presse. „Der Arbeiter", das Verbandsblatt der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, erörtert in seiner letzten Nummer das Thema „Katholische Presse und Arbeiterbewegung". Das Blatt ist der Meinung, wenn auch die hauptsächlichsten Organe der katholischen Presse den Fragen der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung den nötigen Spielraum schenken, so ziehe doch in weiten Kreisen der Zentrumspresse das Verständnis für die Forderungen der Arbeiterschaft an die besitzende Gesellschaft [illegible] nach einer Seite hin. Darüber könnten diese, die in ihrer [illegible] als Organe der christlichen Arbeiterbewegung auf die Mitarbeit der katholischen Presse angewiesen seien, ein gut bewegliches Lied singen:

„Es gibt immer noch eine ganze Reihe von Zeitungen, deren [illegible] bis in den Abdruck von [illegible], Versammlungsberichten usw., wenn es hoch geht, einen Leitartikel über allgemeine soziale Themen [illegible] Für neue Erscheinungen in der modernen Arbeiterbewegung [illegible]. Wir greifen nur [illegible] heraus, [illegible] die Organisation der Dienstboten und der Landarbeiter. Wir hören nur [illegible] übernehmen müssen, der [illegible] Tatsachen auf dem Gebiete unseres Wirtschaftslebens vor Augen zu führen, geht man um dieselben herum. [illegible] im Zuge auf die Streikbewegung [illegible] und die Sozialdemokratie [illegible] den Witzen [illegible] oder an einzelnen Beispielen an dem [illegible] über die Begehrlichkeit der Arbeiter eine Gänsehaut über den Rücken zu zaubern...."

So redet ein katholisches Arbeiterblatt, dem es gewiß an Erfahrungen nicht fehlt über die Presse derjenigen Partei, die sich als die einzig wahre Vertretung des Volkes, insbesondere der Arbeiter, auszugeben pflegt. Weiter erörtert das Blatt die Frage, woher diese Einseitigkeit der katholischen Presse kommt. Es nimmt dabei Bezug auf einen Artikel der katholischen „Allgemeinen Rundschau" (München), worin die Rede ist von der Neigung der katholischen Presse, ihre Artikel aus Zeitungskorrespondenzen zu beziehen und aufzunehmen, weil es an theoretischer Bildung, wie an praktischer Erfahrung fehle. Dann heißt es:

„Woher kommt es, daß gerade die sozialdemokratische Presse so viel eigene Arbeit aufweist? Weil viele ihrer Redakteure aus der Schule des praktischen Lebens selbst hervorgegangen sind, weil sie das, worüber sie schreiben, selbst praktisch miterlebt haben."

Das genannte Arbeiterblatt spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Verleger der katholischen Zeitungen modernen Auffassungen in bezug auf das Wesen der Arbeiterbewegung zugänglich werden. Das ist leicht gesagt. Nur muß dann der Herr Zentrumsverleger fürchten, daß ihm die Abonnenten aus den „besseren" Kreisen und vor allen Dingen die Inserenten wegbleiben. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Zeitung ein Geschäftsunternehmen, das nach den Wünschen der zahlungsfähigen Kunden geleitet wird — zum Unterschied von der sozialdemokratischen Presse, die im Dienste einer Bewegung eines Kulturgedankens steht.

Die „gesicherte Wohlfahrt" im deutschen Vaterlande mußten die Schulkinder bei ihrem Sängerfest im Ostmarkenlande besingen. Wie nun die guten „Deutschen" [illegible] „Sammlung", die sich in ihrem [illegible] abgewandt haben, zeigt ein Geheim-Zirkular, das die Berliner [illegible] veröffentlicht [illegible]. Es sind darin 65 Kutscher namhaft gemacht, die in der letzten Zeit das [illegible] „meist unmögliche, alte Leute", wenn irgend möglich, nicht zu berücksichtigen, weil dadurch die [illegible] große Gefahren [illegible]. Was aus den alten, braven, gemütlichen Kutschern, [illegible] werden soll, verschweigt der Vorstand der Fuhrherren-Innungskrankenkasse zu Berlin aber leider.

Solche geheime Weisungen, [illegible] Personen nicht mehr in Arbeit zu stellen, bestehen bei manchen Unternehmungen. Sie zeugen von einer großen Herzlosigkeit und Gemütlosigkeit. Aber diese Eigenschaften sind durch den Privatkapitalismus [illegible] bedingt. [illegible] ein jeder in seine eigene Tasche wirtschaftet, ist Rücksichts- und Herzlosigkeit, unter der die [illegible] und Schwächlichen am meisten leiden, nicht aus der Welt zu schaffen und auch die beste [illegible] Gesetzgebung kann diese beschämenden Zustände höchstens etwas mildern. Zu beseitigen sind sie nur durch eine sozialistische Wirtschafts- und eine kommunistische Staatsform, in welcher alle Glieder der Allgemeinheit gehören, die dann ebenfalls wieder für alle ihre Mitglieder zu sorgen hat.

Gegen die [illegible]. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts hat in einem Runderlaß die Regierungen der Einzelstaaten aufgefordert, sich über Wesen und Wirkung der [illegible] zu äußern, die eine Aenderung der bestehenden [illegible] notwendig erscheinen [illegible].

[illegible] Wie nun auch die „N. A." [illegible] unsere gestrige Meldung [illegible] Ministerialdirektor Dr. [illegible] — Wie macht sich die Welt auf das liberale Siegesgeschrei bereit.

Unheimlich im Ostmarken. Die traurige finanzielle Lage [illegible] wird durch folgendes Inserat in der [illegible] „Allg. Ztg." grell beleuchtet:

„Junger Lehrer bittet für die Zeit der Sommerferien [illegible] um eine anständige Beschäftigung."

Dazu fügt die „Frankfurter Zeitung": „In dem „Preußischen [illegible]" Friedrich Wilhelm I. heißt es: „Ist der Schulmeister ein Handwerker, so mag er sich noch ernähren; ist er keiner, so wird ihm gestattet, in der Ernte sechs Wochen auf Tagelohn zu gehen." Der Unterschied zwischen damals und heute ist nicht erheblich."

Unerwarteter Verfall einer geistlichen Schulinspektion. [illegible] im Auftrage der Regierung das Schulamt verwalten. [illegible] Er hat sich nun ermahnt, muß aber einen längeren Urlaub nehmen, um ganz die Folgen zu überwinden. [illegible] wird mehr wirken als alle theoretischen Zuschriften.

Die Beschlagnahme der [illegible]. [illegible] „Paradies" [illegible] Begründet wird diese [illegible] damit, daß es sich um Sammlungen handle, die [illegible].

Eine besondere Eigentümlichkeit des sächsischen Wahlrechtsentwurfs der Regierung [illegible] Kreisen der [illegible] Wenn es [illegible] der Stimmen [illegible] den höchsten Stimmenzahlen gewählten Kandidaten als gewählt erklärt werden. Die Wahlkreise aber, die aus den Städten Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zwickau und den 27 Amtshauptmannschaften bestehen, sind sehr verschieden groß. So hat z. B. die Amtshauptmannschaft Zwickau 34,939 Wahlberechtigte, Zwickau-Stadt aber, das gleichfalls einen Wahlkreis bildet, deren nur 8330, Amtshauptmannschaft Chemnitz 36,450 Wahlberechtigte, Chemnitz-Stadt mit seinen drei Wahlkreisen aber nur 29,389. Ebenso ist es mit Dresden und Leipzig. Alle diese Städte dürften bei dem ev. neuen Wahlrecht gänzlich ohne Vertretung bleiben, ebenso eine Reihe der reichen Amtshauptmannschaften, während die großen Amtshauptmannschaften in der Hauptsache alle Vertreter zu den Abgeordneten der verschiedenen Parteien stellen würden.

Vorgeschlagene Umprägung der Fünfmarkstücke. Die erste württembergische Kammer hat einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrate für die Prägung von Fünfmarkstücken in handlicherer Form einzutreten. Der Finanzminister Dr. von Geyer erklärte, die Angelegenheit sei im Fluß. Württemberg selbst habe ein Modell angefertigt, welches kleiner und dicker, als das bisherige Fünfmarkstück, sei.

Wieder ein Erlaß gegen den Luxus im Offizierkorps. Eine neue Kabinettsorder des Kaisers, die sich mit Schärfe gegen den Luxus im Offizierkorps richtet, ist den Offizieren der Reitschule in Hannover zugegangen. Die bisherigen haben nichts genutzt, dem neuen wird es nicht besser gehen. Gegen Luxus und Duelle bleiben selbst kaiserliche Erlasse machtlos.

Es ist erreicht. Die Meldung englischer Blätter, daß Kaiser Wilhelm und König Eduard Mitte August zu Wilhelmshöhe zusammentreffen werden, wird an amtlicher Stelle bestätigt. — An der politischen Konstellation wird durch die Begegnung nichts geändert.

Immer noch § 175. Eine Berliner Tageszeitung brachte die aufsehenerregende Mitteilung, daß gegen den Generalintendanten Grafen von Hülsen ein Strafverfahren auf Grund des berüchtigten § 175 eingeleitet sei. In der Generalintendantur ist davon, so wird jetzt berichtigend mitgeteilt, nichts bekannt. [illegible], der in Vertretung des Herrn v. Hülsen die Geschäfte der Intendanz führt, versichert, ist die Sache durchaus nicht ernst zu nehmen, was schon aus dem Umstande hervorgeht, daß Herr von Hülsen gerade als Reisebegleiter des Kaisers auf der „Hohenzollern" sich befindet. — Wie „nicht ernst zu nehmen", [illegible] doch auch nicht?

Staat gegen Kirche. Der Dekan Professor Merkle in Würzburg, einer der Unterzeichner des Schell-Aufrufs, hatte infolge der Angriffe gegen die Freunde des Schell-Denkmals das Dekanat der theologischen Fakultät niedergelegt. Jetzt hat der bayerische Kultusminister diese Niederlegung zurückgewiesen. In den Augen der bayerischen Kultusbehörde ist also das Eintreten für Schell noch kein Verbrechen.

Der Verräter Hohenlohe. Auch über Hohenlohes Memoiren haben sich der Reichskanzler und Fürst Bülow vom „Times"-Korrespondenten unterhalten. [illegible] Bülow, die für die Memoiren-[illegible] sein soll, kam auf das Hohenlohesche Werk zu sprechen und bedauerte die Veröffentlichung der Memoiren vor der Zeit. „Wie hätte man," fügte der Fürst hinzu, „diesem [illegible] Manne [illegible] Vertrauen entgegenbringen können? Die Menschen sprachen vor ihm wie vor einer Mauer in der Ueberzeugung, daß es da kein Echo gäbe." — Aber sie hatten sich getäuscht, die Mauer gab doch ein Echo.

Der Prinz ist schuld, nicht der Professor. Die in Berlin erscheinenden „Deutschen Nachrichten" bezeichnen es als vollkommen unrichtig, wenn behauptet wird, Prinz Alexander Hohenlohe habe von dem Inhalte der Memoiren nichts gewußt, er habe vielmehr die ganzen Aufsätze zweimal eigenhändig durchkorrigiert, in den letzten [illegible] sogar noch ein drittes Mal. Professor Curtius habe dem Prinzen mehrfach gesagt, er, der Prinz, sei voll und ganz für den Inhalt verantwortlich, Curtius nur für die literarische Form. Dann erwähnt die „Straßburger Ztg.", die Curtius mehrfach als Sprachrohr für seine Mitteilungen benutzt: Wir können diese Nachricht bestätigen und hinzufügen, daß alle anderen Darstellungen, die Herrn Curtius einen weitergehenden Anteil an den Memoiren zuschreiben, unrichtig sind. Herr Dr. Curtius scheidet demnach für die politische Beurteilung des Memoirenwerkes vollständig aus und mit ihm alle auf [illegible] Vorwürfe auch.

Schicke man beide in die Wüste!

Die Auseinandersetzung mit Rom. Schon vor mehreren Tagen hieß es, Erzbischof Dr. v. Abert werde Gelegenheit nehmen, auf einer demnächstigen Reise nach Rom über die Schell-Denkmal-Angelegenheit dem Papste zu berichten. Wie der Bamberger Korrespondent der „Voss. Ztg." hört, geht die Initiative zu dieser Reise nicht von Dr. v. Abert selber aus, vielmehr wird angenommen, daß der Papst den Oberhirten zu sich berufen hat. — Kuschen müssen sie vor dem „Unfehlbaren" doch.

Ausland.

Von der Haager Friedenskonferenz. In der Dienstag-Sitzung der ersten Kommission gab Baron v. Marschall eine Erklärung ab, daß Deutschland dem amerikanischen Vorschlag zustimmt, wonach die Anwendung von Gewalt zur Erzwingung der Erfüllung von kontraktlichen Verbindlichkeiten ausgeschlossen ist, wenn der schuldige Staat bereit ist, sich dem Spruche eines Schiedsgerichts zu unterwerfen und dessen Entscheidung [illegible]. Baron von Marschall nahm diesmal Anlaß, zu der Frage des obligatorischen Schiedsspruchs den Standpunkt Deutschlands zu präzisieren. Dieser sei nicht mehr derselbe, wie vor acht Jahren, sondern Deutschland sei dem Gedanken des obligatorischen Schiedsspruches gewonnen worden.

• • •

Die Unterjochung Koreas. Nach einer Tokioer Meldung herrscht in der koreanischen Hauptstadt Söul tatsächlich, wenn auch nicht formell, das Kriegsrecht. Die Zensur diplomatischer und militärischer Telegramme hat begonnen. In Japan drängt Korea die Landung in San Francisco in den Hintergrund. Eine Volksversammlung, die wegen der amerikanischen Frage einberufen war, befaßte sich damit garnicht, nahm aber eine Resolution über die koreanische Angelegenheit an.

Aus Söul selbst wird gemeldet, daß unter den wegen Komplotts verhafteten Personen Prinz Yi Junho (?) sowie der ehemalige Kommunikationsminister Yi Todai (?) am meisten belastet sind. Die Verhaftungen haben unter den Koreanern große Erregung hervorgerufen. Die Menge nimmt andauernd eine sehr drohende Haltung an. Sämtliche Truppen werden von verschiedenen Punkten nach Söul gezogen. Drei Kreuzer befördern ein tausend Marinesoldaten von Masampo nach Chemulpo. Unter den Europäern und Amerikanern nimmt die Stimmung zu, daß sich der Groll der Eingeborenen auch gegen sie wenden könnte.

• • •

Ein Liebling des Volkes. Wie ein französisches Blatt mitteilt, verbringt der russische Ministerpräsident Stolypin den Sommer auf einer der [illegible] Inseln und man hat alles aufgeboten, den leitenden Staatsmann vor Attentaten und Mordanschlägen zu schützen. Die ganze Insel ist mit einem Stacheldrahtzaun umgeben, Tag und Nacht patrouillieren die Geheimagenten, und im Umkreis von [illegible] sieht man eine ständige Postenkette längs des Inselufers. Zur Nachtzeit sind die Ufer durch elektrische Bogenlampen erleuchtet, deren Installation gegen [illegible] Mk. gekostet hat. Ein elektrischer Scheinwerfer sucht [illegible] das Meer ab, um verdächtige Fahrzeuge bei Zeiten zu entdecken. Wenn der Ministerpräsident seine Sommerwohnung verläßt, um sich nach Petersburg zu begeben, so begleiten sein Schiff zwei Torpedoboote. Ein ausführliches Netz von Telegraphen- und Telephonkabeln, die in einer [illegible] Zentralstation zusammenlaufen, [illegible] die Sicherheit für den Ministerpräsidenten. — Manchmal [illegible] die [illegible] Macht mit dem Gewissen haben.

Die Mauer der Föderierten. Die „Humanité" macht darauf aufmerksam, daß die sozialistischen Vertreter in der Kammer und im Pariser Gemeinderat nach den Ferien eine große und schöne Pflicht zu erfüllen haben. Es gilt, das Schicksal des Massengrabes der Kommunarden auf dem Père Lachaise zu sichern. Am 1. Januar 1909 fällt, wenn die Frist für die Aufhebung der Grabstätte nicht verlängert wird, diese an die Stadt Paris zurück. In diesem Falle würde das Massengrab, in welchem die Leiber von 878 Freiheitskämpfern ruhen, zerstört und die Gebeine der Märtyrer in alle Winde zerstreut werden. Im Jahre 1883 versuchte man im Pariser Gemeinderat, das Recht auf Erhaltung der Mauer auf unbegrenzte Zeiten festzulegen. Das gelang nicht, weil der damalige Seine-Präfekt Poubelle dies verhinderte und so gewährte der Stadtrat die Konzession nur auf 25 Jahre. Seit 1890 haben sich die Sozialisten und Republikaner auch wiederholt bemüht, die Erlaubnis für die Errichtung eines Denkmals zu erhalten — leider vergebens.

Man darf gespannt sein, wie die jetzige Regierung sich zu dieser Angelegenheit stellt. Pichon, der gegenwärtige Minister des Aeußern, hat sich im Pariser Gemeinderat zu wiederholten Malen für eine dauernde Ehrung der gefallenen Kommunarden durch Errichtung eines Denkmals ausgesprochen; Clemenceau hat den obengenannten Seine-Präfekten wegen dessen reaktionären Maßnahmen seinerzeit scharf angegriffen und Briand und Viviani haben selbst mehrfach den Föderierten ihre Huldigung dargebracht.

* * *

Nasis Sturz und Erhöhung. Der frühere Minister Nasi und sein Kabinettschef Lombardo sind Mittwoch Nachmittag vom Direktor des Gefängnisses Regina coeli der Polizeibehörde übergeben worden. Nasi wurde durch einen Polizeikommissar nach seiner Wohnung begleitet, während Lombardo durch einen Polizeikommissar in ein Hospital übergeführt wurde. — Was hat er in seiner Wohnung zu suchen?

Die Wähler von Giardini (Prov. Messina) haben Nasi mit 136 von 137 Stimmen zum Provinzialrat gewählt. — Armer [illegible]!

* * *

Eine Million zu verschenken. Der englische Premierminister legte eine Botschaft des Königs vor, in der es heißt, daß der König in Anerkennung der hervorragenden Verdienste Lord Cromers in Aegypten ihm ein sichtbares Zeichen seines Wohlwollens geben wolle. Er empfehle dem Hause, Lord Cromer **50,000 Pfd. Sterl.** (1 Million Mark) zu bewilligen. Der Premierminister kündigte an, er werde am 30. Juli die Bewilligung der Summe beantragen. Einige Nationalisten und Radikale werden voraussichtlich Einspruch gegen die Bewilligung erheben, fügt das Telegraphenbureau hinzu. Einige Sozialisten wohl auch!

* * *

Europäer und Asiaten als Einwanderer. Der Kongreß von Costa Rica, Zentralamerika, ermächtigte die Regierung, für die nächsten acht Jahre etwa 80,000 Mark jährlich zur Förderung der Einwanderung weißer Arbeiter und Landwirte nach Costa Rica auszugeben. Wenn nötig, soll Reisegeld für kräftige Arbeiter mit Familien bezahlt werden.

Mittellose Leute sollen da natürlich sofort in wirtschaftliche Abhängigkeit von den Plantagenbesitzern, deren Land sie durch ihre Arbeit wertvoll machen sollen.

Japanische Kommissare sind nach Mexiko, Zentral- und Südamerika gesandt worden, um dort die Verhältnisse zu studieren in Bezug auf Chancen für eine japanische Einwanderung. Infolge der Lage an der Westküste der Vereinigten Staaten, wo die Japaner gehaßt werden, und da das neue Einwanderergesetz seit dem 1. Juli den Zustrom von Japanern sehr erschwert, sucht die Regierung des Mikado nach anderen Ländern, in die sich die immer stärker werdende Auswanderung ungehindert lenken ließe.

Aus Hawaii kommen jetzt viele Klagen nach den Vereinigten Staaten, daß die eingewanderten Japaner immer mehr allen Handel und Wandel beherrschen und weiße Geschäftsleute wie auch weiße Arbeiter von den Inseln verdrängen. Noch vor 15 Jahren z. B. gab es nur weiße Zimmerer in Honolulu, die 4 Dollar pro Tag verdienten. Heute zählt die Zimmerergewerkschaft nur noch 40 Mitglieder, und kaum ein Dutzend verdient den früheren Lohn. Japanische Zimmerer werden jetzt überall angestellt. So geht es in allen anderen Arbeitszweigen und auch im Geschäftsleben zu.

* * *

Der erste Mai in Australien. Der Maitag wurde, wie aus einer Korrespondenz an die Londoner „Justice" berichtet wird, in diesem Jahre in Victoria unter sehr starker Beteiligung gefeiert. In Melbourne nahmen ca. 50,000 Personen daran teil, unter anderem auch der deutsche Sozialistenverein „Vorwärts", aber auch in allen anderen Städten des Landes wurde der Maitag festlich begangen. Die Feier war allerdings auf den ersten Sonntag des Mai verlegt. Jetzt aber ist ein Komitee bemüht, die Feier in ganz Australien einheitlich zu gestalten und sie auf den ersten Mai selbst zu legen. Die zu erwartenden Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses werden bezüglich der Maifeier sicherlich in dieser Beziehung auch auf unsere australischen Genossen nicht ohne Einfluß bleiben.

Neueste Nachrichten.

Der Rittmeister von Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 25. Juli. (H. T.-B.) Ein Gegenstück zum Hauptmann von Köpenick wird hier viel besprochen. Wie erst jetzt bekannt wird, betrat in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ein Zivilist die Wachtstube der mitten in der Stadt gelegenen und mit einem Unteroffizier und 12 Mann besetzten hiesigen Hauptwache. Er fuhr den wachthabenden Unteroffizier an, ob er nicht sehe, daß der Posten vor Gewehr schlafe und sein Gewehr an einen Baum gestellt habe. Dann musterte der Unbekannte, in welchem die Soldaten einen höheren Offizier vermuteten, die Mannschaft und sagte: „Ich will diesmal nichts gesehen haben". Als er sich entfernte, schrie er noch einen Soldaten an: „Warum reißen Sie nicht die Tür auf, wissen Sie nicht wer ich bin?" Der Soldat folgte dem Befehl in strammer Haltung. Der Herr promenierte dann noch eine halbe Stunde auf dem gegenüberliegenden Fußsteig auf und ab und erst jetzt fragte der Unteroffizier nach seinem Namen, worauf er die Antwort erhielt: „Rittmeister von Platen, 18. Dragoner." Ein solcher Offizier ist in der Armeerangliste nicht aufzufinden. Erhebungen sollen im Gange sein.

Aufreizung gegen die Reeder.

Hamburg, 25. Juli. (Hirsch's T.-B.) Der Redakteur des Hafenarbeiters, Genosse Gödelig, wurde wegen Aufreizung zum Klassenhaß vom Landgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Das Vergehen wurde in einer zur Zeit des Hafenarbeiterstreiks gehaltenen Versammlungsrede gefunden, welche die Arbeiterschaft gegen die Reeder aufgehetzt haben soll. Von der Anklage, in einem Artikel über den Ausfall der Reichstagswahlen aufgefordert zu haben, im Kriegsfall der Wehrpflicht nicht Folge zu leisten, wurde der Redakteur freigesprochen.

Die Unterjochung Koreas

durch Japan macht mit jedem Tage Fortschritte. Wie es heißt, hat Marquis Ito dem koreanischen Kabinett wichtige Vorschläge unterbreitet. Premierminister Yi Wan Yong und die Staatsminister überreichten dem neuen Kaiser einen Plan zur Regierung des Staates. Die japanischen Vorschläge sollen, obwohl sie nicht die Sicherheit des Thrones gefährden, umwälzender Natur sein. Es wird wahrscheinlich der japanische Thron sein, den sie nicht gefährden, statt des koreanischen. Die Koreadelegierten im Haag sind von Southampton nach Amerika in See gegangen. Vor ihrer Abreise wurden sie von einem Vertreter des „Reuterschen Bureaus" interviewt. Prinz Young erklärte, sie hätten die Absicht, dem Präsidenten Roosevelt die Lage Koreas gegenüber Japans zu unterbreiten, sowie die hauptsächlichsten Städte in Amerika zu besuchen. Nach ihrer Rückkehr nach England, die in wenigen Wochen erfolgen werde, würden sie in London ein Unternehmen ins Leben rufen, dessen Aufgabe sein solle, der Politik Japans in Korea entgegenzuarbeiten. Ob ihre Mission im Haag ein Fehlschlag gewesen sei, könnten sie nicht sagen, besonders von den Delegierten Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und der Vereinigten Staaten hätten sie Versicherungen des Mitgefühls, das diese mit der Lage Koreas empfänden, und Zusicherungen von Hilfe (?) empfangen. Die Delegation sei von dem früheren Kaiser von Korea entsandt worden. Durch die erzwungene Abdankung des letzteren werde ihre Mission in keiner Weise berührt, denn des Kaisers letzte Worte seien gewesen: „Nehmen Sie persönlich auf mich keine Rücksicht, selbst wenn ich ermordet werden sollte, setzen Sie Ihr Werk fort und stellen Sie die Unabhängigkeit des Landes wieder her." Die Mission der Delegation werde darin bestehen, an die Mächte die Aufforderung zu richten, die Unabhängigkeit Koreas zu sichern als eines neutralen Staates, wie es Holland ist. Zum Schluß erklärten die Delegierten, daß die Abdankung des Kaisers japanischem Gelde und koreanischen Verrätern zuzuschreiben sei.

Also könnte es ja um Koreas willen noch zu internationalen Auseinandersetzungen kommen.

Bevorstehende Eisenbahner-Obstruktion.

Wien, 25. Juli. (H. T.-B.) Unter den Eisenbahnern Oesterreichs droht neuerlich der Ausbruch einer passiven Resistenz. Die Bediensteten der Wiener Bahnen beschlossen nämlich, den Verwaltungen in einer Denkschrift ihre Forderungen zu überreichen und falls dieselben binnen Monatsfrist nicht erfüllt werden, mit dem passiven Ausstand einzusetzen. Dies wäre jetzt um so ernster, als sich an der Resistenz die Beamten, Unterbeamten und Diener, sowie die Arbeiter, welche zusammen **500,000 Mitglieder** zählen, beteiligen würden.

Für den Spitzbuben Nasi.

Rom, 25. Juli. (H. T.-B.) Der Beschluß des Senats, Nasi und Lombardo in Hausarrest zu nehmen, ist in Palermo, Catania und Messina mit neuen Nasi-Ovationen unter Pereatrufen gegen die Regierung aufgenommen worden. In Messina landete, nach einer Depesche des „Maffaori", das Kriegsschiff „Sardegna" 300 Mann, da der Pöbel allerlei Unfug begeht. Das Bourbonische Komitee in Neapel hat an das Nasi-Komitee in Trapani ein Solidaritätstelegramm abgesendet.

Rom, 25. Juli. (H. Tel.-Bur.) In Messina ist es zwischen nord- und süditalienischen Matrosen an Bord des Panzerschiffes „Sardegna" zu einem heftigen Krawall gekommen. In Trapani befinden sich zurzeit mehr Soldaten als Einwohner und noch immer treffen aus Neapel fortwährend Soldaten ein.

Selbstmord-Epidemie.

Marburg, 25. Juli. (H. T.-B.) In den letzten Tagen haben hier mehrere Selbstmorde von Studierenden der hiesigen Universität großes Aufsehen erregt. Erst kürzlich beging der Referendar Göbels Selbstmord durch Erschießen. Am Montag erschoß sich der Student der Rechte Lukas aus Wiesbaden. Gestern hat sich der Student der Zahnheilkunde Brockhausen aus Limburg erschossen. Als Motiv wird Angst vor dem Examen oder Widerwillen gegen das Studium angenommen.

Schon wieder ein Pfarrer.

Bern, 25. Juli. (H. T.-B.) Der katholische Pfarrer Hänsle ist in Mammern im Kanton Thurgau, wo er kirchliche Dienste verrichtete, wegen eines in Rankweil in den Vorarlbergen begangenen schweren Sittlichkeitsverbrechens verhaftet worden.

Leipzig, 25. Juli. (Hirsch's T.-B.) Der vierte Kongreß der Schriftgießer Deutschlands sprach sich für die Anbahnung eines Einheitstarifes und für die Ausdehnung der Maifeier aus.

Hamburg, 25. Juli. (H. T.-B.) Wie die „Börsenhalle" von sonst zuverlässiger Seite erfährt, wird England die am Freitag wieder zusammentretende Brüsseler Zuckerkommission nicht kündigen.

Bremerhaven, 25. Juli. (H. T.-B.) Gestern Nachmittag traf mit dem Schnelldampfer „Kronprinz Wilhelm" ein Verbrecherpaar hier ein. Es sind dies eine Hebamme aus Duisburg und ihr Geliebter, die gemeinsam in Duisburg die Ehefrau des letzteren ermordeten und dann über den Ozean entflohen waren. Sie wurden von Amerika ausgeliefert und werden von hieraus nach Duisburg weiter transportiert.

Wien, 25. Juli. (H. T.-B.) In den hiesigen städtischen Museen sind in der letzten Zeit von unbekannten Tätern wiederholt Beschädigungen von Bildern verübt worden, ohne daß es bisher gelungen wäre, die Vandalen zu ermitteln.

Lemberg, 25. Juli. (Hirsch's T.-B.) Eine Spionage-Affäre macht hier großes Aufsehen. In Zagorz wurde ein russischer Offizier, namens Krylow, wegen Ausspähung der Przemysler Festungswerke verhaftet und nach Lemberg gebracht. Auch zwei seiner Komplizen sollen verhaftet worden sein.

Budapest, 25. Juli. (H. T.-B.) Infolge der sich mehrenden Raubmorde und sonstigen Verbrechen, die von wandernden Zigeunern verübt werden, wird im Ministerium des Innern ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher die Zwangskolonisierung der Zigeuner und Internierung derselben in Winterquartieren bezweckt.

Odessa, 25. Juli. (H. Tel.-Bur.) Der Chef der Untersuchungsabteilung der Polizei, Raskewitsch, ist plötzlich schwer erkrankt. Die Aerzte glauben an eine Vergiftung durch langsam wirkendes Gift. Man nimmt an, daß Raskewitsch von einer ihm nahestehenden Person, die verhaftet wurde, vergiftet worden ist.

Söul, 25. Juli. (H. T.-B.) Aus der Provinz treffen fortgesetzt Agitatoren ein. Diesen ist aber der Zutritt zur Stadt untersagt und halten dieselben infolgedessen in den umliegenden Dörfern Versammlungen ab. Die Japaner entsandten Truppen, um solche Versammlungen aufzulösen. Das [illegible] wurde nach dem japanischen Bezirk gebracht. [illegible] aus dem kaiserlichen Palast wurden vorgenommen.

Paris, 25. Juli. (H. T.-B.) Gerüchtweise verlautet, daß die Ueberführung der Reste Zolas nach dem Pantheon deshalb bis zum Herbst verschoben wurde, weil die Polizei erfahren hat, daß Mitglieder der nationalistischen und royalistischen Vereinigungen ein Komplott angezettelt haben, um die Beisetzung Zolas im Pantheon um jeden Preis zu verhindern. Angeblich soll beschlossen worden sein, beim Passieren des Zuges einer Seine-Brücke den Sarg ins Wasser zu werfen.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* Gewerkschaftskartell. Die Gewerkschaften, welche noch mit den Beiträgen für das 2. Quartal im Rückstande sind, werden dringend ersucht, dieselben umgehend an den Unterzeichneten abzuführen. [illegible], Kassierer.

* Achtung, Töpferei-Hilfsarbeiter! Sonntag, 28. Juli, Vormittags 11 Uhr, findet im „[illegible]", [illegible]straße Nr. 21, die Sektionsversammlung statt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Das vollzählige Erscheinen aller ist notwendig.
Die Ortsverwaltung des Fabrikarbeiter-Verbandes.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

* Schauspielhaus. Heute Donnerstag geht der Heiratsschwank „Haben Sie nichts zu verzollen?" zum 5. Male in Szene. Morgen Freitag wird dieser Lustspielschlager wiederholt. Billetts täglich von 10—2 und von 1/2 8 Uhr Abends an der Kasse des Theaters, sowie ab 8 Uhr Morgens im Verkehrsbureau Barasch.

* Breslauer Sommer-Theater ([illegible]). Heute Donnerstag und morgen Freitag finden Wiederholungen des überaus amüsanten Schwankes „Fräulein Josette — meine Frau" statt, der auch hier, wie in Berlin das Zugstück der Saison zu werden verspricht.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

24. und 25. Juli:	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 15,5	+ 18,6	+ 18,0
Luftdruck bei 0° (mm)	745,4	746,8	746,7
Dunstdruck (mm)	8,2	8,8	8,6
Dunstsättigung (pCt.)	62	72	76
Wind (0—12)	NW 4	W 5	W 5
Wetter	bedeckt	bewölkt	wolkig

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Donnerstag, den 25. Juli.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Niedschl.	Max.	Min.	
Breslau Sternw.	13	W 6	1	18	10	wolkig
Rosenthal b. Br.	14	W 2	4	17	10	"
Beuthen OS.	12	W 8	9	23	8	heiter
Habelschwerdt	12	S 1	gering	20	6	"
Schneekoppe	8	NW 5	2	9	1	Nebel
Zillerthal	12	O 2	3	16	9	wolkig
Görlitz	12	S 8	5	15	10	"
Grünberg	13	SW 3	8	16	11	"
Ostrowo	12	W 3	10	17	10	bedeckt

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Aufbietungen. II. Kontorist Georg Jarische, ev., Augustastr. 89, und Gertrud Peter, ev., Viktoriastraße Nr. 111. — Mechaniker Arthur Gierth, kath., Tauentzienstr. 102, und Luise Fiebig, ev., Neue Tauentzienstr. 29. — Bahnarbeiter Albert Stiller, kath., Königsplatzstr. 18, und Emma Bunke, geb. Klonz, kath., Wildstr. 28. — Eisenbahn-Maschinenputzer Gustav Kramer, ev., Klosterstr. 132, und Gertrud Wunder, ev., Waterloostraße 4. — Maschinist Erich Kranse, evangelisch, Ohlauer Chaussee 12, und Marie Hulge, evang., Tauentzienstraße 63. — Herrenschneider Alexander Nessel, altkath., Matthiasstraße 10, und Martha Rösche, ev., Neue Tauentzienstraße 57. — Brauereiarbeiter Alfred Sonntag, ev., Königsplatzstr. 25, und Wilhelmine Pietrow, ev., hier. — Bäcker Karl Pilz, ev., Kaiserswaldau, Kreis Goldberg-Haynau, und Elisabeth Nerlich, kath., Lohestr. 5. — Maurer Edgar Reichelt, kath., Neudorfstr. 104, und Ernestine Hilbert, ev., [illegible] 21. — Kaufmann [illegible], ev., [illegible] 10, und Elisabeth Werner, kath., Lohestr. 63. — IV. Kutscher Karl Kaliner, kath., Luisenstr. 10, und Agnes Meier, kath., Luisenstr. 10.

Geburten. I. [illegible], ev., S. — Kutscher August Weiher, kath., T. — Tischler Friedrich Dahlke, ev., T. — Arb. Hugo Nadel, ev., S. — Schreiber Paul Anlauf, kath., T. — Barbier Richard Kublert, kath., T. — Schuhmacher Heinrich Biskott, ev., S. — Arbeiter Bruno Ziegler, ev., Sohn. — Bauarbeiter Paul Schade, kath., Tochter. — Bahnarb. Karl Blawald, ev., S. — Schneidermeister Christ. Köhler, ev., T. — Kürschner Theodor Dietsche, kath., T. — Schiffer August Kother, ev., S. — Maler Theodor Seidlitz, ev., S. — Tischler Peter Jumond, kath., S. — Schuhm. Ernst Reichelt, ev., T. — Gas- und Wassermesser-Kontrolleur Paul Sperlina, kath., T. — Stellmacher Johann Podbiach, kath., T. — Schneider August Scholz, ev., S. — Weichensteller Gustav Wilke, ev., S. — Arbeiter Emil Deusel, kath., S. — Feuerwehrmann Karl Beer, kath., T. — Hospitaldiener August Sanger, kath., S. — Schuhmacher Emil Fred, ev., T. — Friseur Karl Winter, ev., S. — Handelsmann August Scholz, ev., T. — Schiffer Hermann Lindwald, ev., S. — Arbeiter Otto Friedrich, ev., T. — Schneider Richard Herrmann, ev., T. — Arbeiter Alfred Sturke, ev., T. — Friseur Robert Steiner, kath., S. — Gerichts-Hilfsdiener Julius Zelske, ev., S. — Arbeiter Anton Pianiok, kath., S. — Stellmacher Robert Zimmer, ev., S. — III. Restaurateur Heinr. Pelchner, ev., S. — Bauarbeiter Robert Weber, ev., S. — Kutscher Richard Günther, ev., S. — Restaurateur Georg Ermer, ev., S. — Arbeiter Robert Gaebel, ev., S. — [illegible] Hermann Opitz, ev., T. — Schlosser Waldemar Scheller, ev., S. — Maler Kurt Kretschmer, ev., S. — Buchdrucker Gustav Spiecker, ev., S. — Maurer Max Klameth, kath., S. — Arbeiter Robert Neele, ev., T. — Gerichtsschreibergehilfe Hermann Jaksch, ev., T. — Ofensetzer Max Wermund, kath., T. — Bahnarbeiter Robert Schädel, ev., T. — Schlosser Max Pirke, ev., T. — Tischlergehilfe Julius Schreiber, ev., S. — Heizer Wilhelm Dreier, ev., T. — Schriftsetzer Fritz Rettig, ev., T. — Maler Josef Klar, kath., T. — Zimmermann Otto Neubert, ev., S. — Friseur Adolf Engel, kath., T. — Malergehilfe Josef Pöhold, kath., S. — Tischlermeister Karl Gubert, ev., T. — Ofensetzergehilfe Friedrich Dörring, ev., T. — IV. Arbeiter Karl Walk[illegible], ev., S. — Friseur Max Bertsch, kath., S. — Geschäftsreisender Julius Rosenberg, kath., S. — Schlosser Maximilian Wrzeid, kath., S. — Bahnarbeiter Wilhelm Werner, ev., S. — Hilfsmonteur Adolf Hanisch, ev., T. — Kaufmann Alfred Feinhart, isr., S. — Bankbeamter Eugen Cyborra, Dissid., T. — Architekt und Zimmermstr. Albert Dollet, ev., S. — Maurer Robert Machill, kath., S. — Schlosser Georg Thomas, kath., T. — Motorwagenführer Josef Hentschel, kath., S. — Maurer Heinrich Ludwig, ev., S. — Werkführer Oswald Thiel, ev., S. — Schlosser Johann Pramer, ev., S. — Feuerwehrmann Arthur Klingberg, ev., S. — Kaufmann Adolf Steinert, isr., T. — Buchhalter Theodor Wojaquel, kath., T. — Arbeiter Emil Dachmann, kath., S. — Kutscher Georg Schneider, kath., T. — Arbeiter Joh. Mag, kath., S. — Lackierer Gustav Klose, ev., T. — Arbeiter Paul Hanck, kath., S. — Maurer Richard Schön, ev., T. — [illegible] Gustav Schwarz, ev., S.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

R. B., Neudorfstraße. [illegible]

C. S. [illegible] mit Dank angenommen.

[illegible]

G. M. 100. Richtig ist: „Ich habe gelesen." [illegible] „Ich bin gewesen."

[illegible]

Arbeiter-Sekretariat Breslau, [illegible]

Sprechst. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5 1/2—7 1/2 Uhr (außer Sonn- und Feiertags).

Vereins-Kalender.

Sekretariat für Gewerbeinspektion. [illegible]

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 25. Juli:

[illegible]-Verband. Abends 8 Uhr: Versammlung im großen Saale.

[illegible]verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer 2.

[illegible]verband. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Zimmer Nr. 3 u. 4.

Freitag, den 26. Juli:

[illegible] und Geiger. Abends 8 Uhr: [illegible] mit [illegible] im Zimmer Nr. 1.

[illegible]. (Zahlstelle II.) Mitgliederversammlung. Zimmer Nr. 3 u. 4.

Sonnabend, den 27. Juli:

[illegible]. Jeden Sonnabend: [illegible].

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 2 ([illegible]).

Sonnabend, den 27. Juli, Abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung [illegible]. Wahl eines Distriktsführers und Wahl von fünf Bezirksführern. Der äußerst wichtigen Angelegenheit wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, bestimmt zu erscheinen.

Distrikt 8 ([illegible]).

Sonnabend, den 27. Juli, Zusammenkunft der Bezirksführer im Distriktslokal. Vorläufige Mitteilung: Sonntag, den 18. August, Ausflug nach [illegible] (Station [illegible]) mit der Kleinbahn. Abfahrt früh 9 Uhr.

Distrikt 16 ([illegible]).

Sonntag, den 11. August, Ausflug nach [illegible]. Treffpunkt: Restaurant [illegible]. Abmarsch 1 Uhr. Gäste willkommen.

Land-Distrikt 1.

Bezirk [illegible]. Freitag, den 26. Juli, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft bei [illegible]. Sehr wichtige Tagesordnung. Sämtliche Genossen sollen anwesend sein.

Land-Distrikt 4.

Bezirk [illegible]. Freitag, den 26. Juli, Abends 8 Uhr, [illegible] eine wichtige Besprechung statt. Die Genossen werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Bezirk [illegible]. Sonntag, den 28. Juli, Vormittags 10 Uhr, Sitzung bei [illegible]. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Land-Distrikt 8.

Bezirk 1 ([illegible]). Sonntag, den 28. Juli, Zusammenkunft bei [illegible].

Land-Distrikt 12 ([illegible]).

Freitag, den 26. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und Einkassierer bei [illegible].

[illegible]. Verband der [illegible]arbeiter und -Arbeiterinnen. Sonnabend, den 27. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung bei [illegible], Gasthof zum [illegible].

[illegible] und Umgegend. Versammlung Sonntag, den 28. Juli, Nachmittags 3 Uhr, bei [illegible].

[illegible]. Schneider-Verband. Sonntag, den 28. Juli, Nachmittags 3 Uhr, in [illegible] Gasthof: Große öffentliche Versammlung für Schneider und Schneiderinnen der Umgegend. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

[illegible]. Öffentliche Bergarbeiter-Versammlung. Sonntag, den 28. Juli, Vormittags 11 Uhr, bei [illegible]. Tagesordnung: Die Arbeitslage im [illegible] Revier. Die bevorstehende [illegible]. Referent: [illegible] Hermann Sachse.

[illegible]. Zusammenkunft der Parteigenossen in der Wohnung des Distriktsführers [illegible], den 30. Juli, Abends. Wichtige Besprechung.

[illegible]. Große öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen. Sonnabend, den 27. Juli, Abends 8 Uhr, in der „Germania". Tagesordnung: 1. Die [illegible] und die politischen Verhältnisse. Ref.: Reichstagsabgeordneter Herm. Sachse. 2. Diskussion. Parteigenossen sorgt für zahlreichen Besuch.

Altwasser. Volks-Versammlung. Sonnabend, den 3. August, Abends 7 Uhr, im Deutschen Kaiser. Tagesordnung: Die Tätigkeit des neuen Reichstages und die Aussichten für die Zukunft. Referent: Reichstagsabgeordneter Hermann Sachse.

Altwasser. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Freitag, den 26. Juli, Abends 7½ Uhr, im Gasthaus zum Deutschen Kaiser: Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung. Tagesordnung: 1. Referat des Koll. [illegible]. 2. Freie Aussprache. Mitglieder anderer Gewerkschaften sind willkommen. Alle Holzarbeiter von Waldenburg und Umgegend werden ergebenst eingeladen.

Altwasser. Frauenbildungs-Verein. Diese Woche findet keine Versammlung statt, sondern Donnerstag, den 1. August, Abends 7½ Uhr.

Altwasser. Schneider-Verband. Sonnabend, den 27. Juli, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern: Öffentliche Versammlung. Referent: Kollege [illegible]. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Neisse. [illegible]-Verein. Sonnabend, den 27. Juli, Abends 8 Uhr: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung für den Monat Juni. 2. Geschäftsbericht für das Jahr 1906/07. 3. Wahl des Gesamtvorstandes. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Verantwortlicher Redakteur: [illegible]. — Redaktion und Expedition: [illegible]straße 5/6. — Verlag von [illegible]. — Druck von [illegible] G. m. b. H. — Sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Verspätet. — Todes-Anzeige.

Am 21. d. Mts. verstarb durch Unglücksfall das Mitglied unserer Kasse, der [illegible]

Herr Adolf Reschke.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

die Mitglieder der [illegible]-Krankenkasse verm. [illegible] A.-G.

Beerdigung: Donnerstag, den 25. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des [illegible]-Kirchhofs.

Schauspielhaus

[illegible]

Donnerstag 8 Uhr:

„Haben Sie nichts zu verzollen?"

[illegible] 8 Uhr:

„Haben Sie nichts zu verzollen?"

Breslauer Sommer-Theater.

Liebich's Etabl.

Donnerstag, d. 25. Juli, zum [illegible] Male:

„Fräulein Josette — meine Frau".

Anfang 8 Uhr.

Im Garten: [illegible].

Victoria-Theater

([illegible] Garten).

Folies-Caprice.

Schlager auf Schlager!

Im Garten:

[illegible]-Konzert. [illegible] gültig.

Dominikaner.

[illegible]

Bennewitz-Sänger.

Anfang 7½ Uhr.

Scala-Theater

[illegible]

Gastspiel

[illegible]

Nick-Carter.

Morris

der [illegible]-König.

[illegible]

Schweißfüße

werden geheilt und treten [illegible] Ruhe ein. [illegible] 50 Pf. [illegible] 50 Pf. in Breslau. [illegible]

Möbel-

[illegible] Gartenstraße [illegible].

Gustav Roth

Breslau, [illegible]straße 2.

Rott-Kaiser's

[illegible]

[illegible]	Pfd.	80 Pf.
[illegible]	"	130 "
[illegible]	"	35 "
[illegible]	"	25 "
[illegible]	"	15 "
[illegible]	"	15 "
[illegible]	Liter	25 "
[illegible]	Liter	30 "

[illegible]

Th. Giersdorf, [illegible]straße [illegible].

[illegible]

Möbel Spiegel. Polsterwaren

[illegible]

[illegible]		

[illegible]

F. [illegible], [illegible]str. 5.

Geschäfts-Uebernahme.

[illegible]

Hochachtungsvoll

Paul Klose

[illegible]

Kinder-Elend

[illegible]

Preis 15 Pf.

[illegible]

Bekanntmachung.

Aus Anlaß des VIII. Deutschen Sängerbundesfestes ist es notwendig, wegen des stattfindenden Festzuges den Verkehr für Wagen und Reiter auf den nachstehend aufgeführten Straßen und Plätzen der hiesigen Stadt am Sonntag, den 28. Juli d. Js. zu unterbinden, und zwar für folgende Nachmittagsstunden:

I. von 1—3 Uhr: [illegible]straße, [illegible]platz, Am [illegible], [illegible]straße, [illegible]straße, [illegible]straße [illegible] und [illegible], [illegible]straße, [illegible]straße und [illegible]straße, [illegible]platz,

II. von 2½—4 Uhr: [illegible], [illegible], [illegible]straße, [illegible]straße, [illegible]straße, Ring,

III. von 3½—4½ Uhr: [illegible] zwischen [illegible]straße und [illegible]straße, [illegible]straße, Neue [illegible]straße, [illegible],

IV. von 3½—5 Uhr: Kaiser Wilhelmstraße vom [illegible]straße bis [illegible]straße, [illegible]straße, [illegible]platz, [illegible]straße zwischen [illegible] und Kaiser Wilhelmplatz.

Breslau, den 24. Juli 1907.

Der Königliche Polizei-Präsident.

[illegible]

Städtische Straßenbahn und Elektrische Straßenbahn Breslau.

[illegible]

Städtische Straßenbahn Breslau.

Zigarrenmacherinnen und ein Arbeitsmädchen

[illegible]

Neu erschienen!

Sozialdemokratie und Schule

von

Heinrich Schulz.

Preis 30 Pfg.

Zu haben in der Buchhandlung „Volkswacht".

„In freien Stunden".

[illegible]

Wilhelmsburg.

Heute Donnerstag:

Tanzkränzchen

Polonaise [illegible]

Gerichtskretscham, Kl.-Gandau

Philipp's Saal- und Garten-Etablissement

([illegible] Kaiser Friedrich-Park).

[illegible] — Schöne Aussicht — [illegible] — [illegible] — [illegible].

[illegible] geeignet.

Hochachtungsvoll [illegible] Philipp.

Hirschberg.

Werte [illegible] Genossen! Sonntag, den 28. Juli findet das

Sommer-Fest

der Arbeiter-Radfahrervereine d. Hirschberger Tales

[illegible]

Actien-Gesellschaft Hackerbräu, München

seit 1417 bestehendes Brauhaus.

Wir beehren uns ergebenst anzuzeigen, dass wir unsere Alleinvertretung für die Provinz Schlesien ab 1. Juli 1907 der Firma:

Breslauer Bierverlag

Telephon 2225 — G. m. b. H. — Telephon 2225

Margaretenstrasse 17

übergeben haben und bitten, uns freundlichst zugedachte Aufträge für Biere, hell und dunkel, derselben gütigst erteilen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Act.-Ges. Hackerbräu, München.

Wir empfehlen die Biere des

altberühmten Hackerbräu

in Original-Gebinden, Krügen und Flaschen.

Versand frei Haus.

Breslauer Bierverlag G. m. b. H.

Telephon 2225 — Margaretenstr. 17 — Telephon 2225.

50 Arbeiterfrauen 50

[illegible]

kaufen Sie, wie bekannt, am besten und billigsten bei

[illegible], Friedrich-Wilhelmstrasse 59.

Der

„Neue Weltkalender" 1908

ist erschienen.

Preis 40 Pfg.

Zu haben in der Buchhandlung Volkswacht.

Beilage zu Nr. 172 der „Volkswacht“.

Freitag, den 26. Juli 1907.

Das Streikland.

In der bürgerlichen Presse kann man häufig die Behauptung lesen, daß in Deutschland, dem „Musterlande der Sozialreform“, die Streiks am häufigsten seien. Insbesondere nähme die Zahl der „frivolen“ Streiks „erschreckend“ zu. Auch würden „Sympathiestreiks“ inszeniert, Arbeitseinstellungen aus purem Uebermut oder Machtkitzel usw. Auf solche oder ähnliche geistreiche oder vielmehr geistlose, nur die Unkenntnis des Zusammenhangs unserer wirtschaftlichen Verhältnisse verratende Auslassungen stößt man in den bürgerlichen Blättern, ohne Unterschied der Parteirichtung, fast Tag für Tag.

Demgegenüber trifft es sich gut, daß gerade jetzt ein Buch herausgegeben wird, das die Streiks und Aussperrungen im In- und Auslande systematisch untersucht. Der Verfasser, Dr. Maximilian Meyer, ist kein Sozialdemokrat. Er bezeichnet die gewerkschaftliche Streikstatistik als tendenziös (!) und benutzt die amtliche. Dadurch gewinnen seine Ausführungen für die Beurteilung des Geschreis über das Umsichgreifen der Streiks anläßlich der „frivolen sozialdemokratischen Hetze“ bedeutend an Wert.

Auf Grund seiner Zählungen kommt Dr. Meyer zu dem Ergebnis, daß Deutschland das Streik-[illegible] Land ist. Der Verfasser gruppiert die Zahlen der Streikteilnehmer und berechnet sie auf pro 1000 Erwerbstätige des betreffenden Landes nach der jeweils letzten Zählung. Seine Zusammenstellung gestaltet sich wie folgt:

		Durchschnittliche Zahl der Streikenden pro Jahr	Es kommen Streikende auf je 1000 Erwerbstätige
Deutschland	1900—1904	86,212	8,1
Oesterreich	1900—1904	55,589	13
Frankreich	1900—1904	176,226	22
Belgien	1900—1904	20,107	12
Italien	1900—1903	146,049	28
England	1900—1904	102,586	8,3
Vereinigte Staaten von Nordamerika	1896—1900	281,275	24

Die stärkere Beteiligung der englischen erwerbstätigen Bevölkerung an Streiks gegenüber der deutschen ist das sozialpolitisch interessante Merkmal der Statistik. Allgemein herrscht die Meinung vor, in England mit seinen zahlreichen (freiwilligen) Einigungsämtern und seiner geringeren sozialdemokratischen Bewegung würde die Arbeiterschaft weniger von Streiks ergriffen wie in Deutschland. Meyer weist nach, daß das Gegenteil richtig ist.

Hervorgehoben zu werden verdient auch: in England stagniert die Mitgliederzahl der Trade Unions seit 1900. Dagegen hob sich die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland 1900 bis 1904 von 680,127 auf 1,052,108 und dürfte jetzt von 2 Millionen nicht allzuweit sein. Wären die Behauptungen der bürgerlichen Presse zutreffend, so müßte die Meyersche Zählung eine enorm stärkere Streikbeteiligung der deutschen Erwerbstätigen im Gegensatz zu England ergeben, weil die angeblich „sozialdemokratischen Streikvereine“ eine kolossale Ausbreitung erfuhren.

Auch hinsichtlich des Umfangs der einzelnen Streiks stellt sich nach der Meyerschen Zählung eine geringere Streikbeteiligung in Deutschland heraus. Es entfielen auf jeden Streik-Teilnehmer im:

	1900	1901	1902	1903	1904	1905
Deutschland	56	52	51	61	61	170
Oesterreich	349	92	141	14?	155	130
Frankreich	247	213	415	317	264	—
Belgien	222	304	149	113	158	—
Italien	211	1??	944	199	—	—
England	209	174	284	242	159	19?

Die ausnahmsweise hohe Zahl in Deutschland für 1905 resultiert lediglich aus dem großen Ruhrbergmannsstreik mit 231,453 Beteiligten. Im übrigen bleibt Deutschland bezüglich der Zahl der Streikteilnehmer weit hinter den anderen Ländern zurück. Die Behauptung der Scharfmacher, in Deutschland würden „immer größere Machtkämpfe“ von den „sozialdemokratischen Streikvereinen“ inszeniert, ist also durchaus unwahr. Meyer konstatiert: „Die Streiks hatten in Deutschland die geringste Ausdehnung.“ An fast ⅔ aller Streiks waren nur bis 50 Arbeiter beteiligt. Da im selben Zeitraum die Gewerkschaften die bedeutendste Ausdehnung erfuhren, hat die Arbeiterorganisation nicht die Wirtschaftskämpfe verbreitet, sondern eingeschränkt.

Das geht auch hervor aus einer von Meyer mitgeteilten auf Veranlassung des „Deutschen Handelstages“ veranstalteten Streikzählung für die Periode 1864 bis Mai 1873. Diese Statistik wurde zu dem Zwecke veranstaltet, Material gegen das 1869 gewährte Vereinsrecht (Gewerbeordnung) zu sammeln. Die Zählung ergab, daß damals ⅔ der Streiks mehr als fünfzig Teilnehmer hatten. Der Umfang der Einzelstreiks war demnach damals erheblich größer wie 1900/1904.

Ganz anders steht es mit den Aussperrungen aus! Dieses von den Generalsekretären der Unternehmerverbände besonders lebhaft propagierte Kampfmittel hat in Deutschland eine gewaltige Ausdehnung erfahren.

Es betrugen die

	Aussperrungen	Zahl der Ausgesperrten
1899 . . .	28	5 298
1903 . . .	96	35 273
1906 . . .	263	118 665

besonders lebhaft propagierte Kampfmittel hat in Deutschlands besteht, so droht sie nicht von den Arbeiterorganisationen, sondern von den Unternehmerverbänden. Die Gewerkschaftsführer drängen immerfort auf Verhandlungen mit den Unternehmern, bevor überhaupt ein Streik proklamiert wird. Entgegengesetzt drängen die Unternehmer mit fanatischem Eifer zur Ablehnung jeder Verhandlung, Nichtanerkennung der Arbeiterorganisationen und reizen die Mitglieder der Arbeitgeberverbände zu immer größeren Aussperrungen auf. Wer unter diesen Umständen als „gewerbsmäßiger Hetzer“ bezeichnet werden darf, kann dem Beobachter der Wirtschaftskämpfe nicht zweifelhaft geblieben sein.

Der Prozeß in Idaho.

Nach wochenlangen Verhören ist nunmehr die Beweisaufnahme von seiten der Anklagebehörde beendet. Nach den Gepflogenheiten des amerikanischen Gerichtsverfahrens hat nunmehr die Verteidigung ihre Zeugen zu stellen. Es werden wiederum Wochen vergehen, ehe die große Anzahl dieser Zeugen ihre Aussagen dargebracht haben wird. Der Verteidiger Haywoods, der Anwalt Darrow, der in dem Rufe steht, ein energischer, schlagfertiger Advokat zu sein, hielt die übliche Einleitungsrede für die Verteidigung. Er schildert die Kämpfe, welche die Organisation der Bergarbeiter des Westens seit ihrer Gründung zu bestehen gehabt hat. Sehr schlecht kam dabei Herr Hawley weg, der Vertreter der Anklagebehörde. Dieser Herr war früher Anwalt und hat als solcher im Jahre 1892 das Statut des Bergarbeiterverbandes entworfen und wurde später der Verbandssyndikus. Ist das Statut und die Organisation „verbrecherisch“, so sei der jetzige Anwalt Hawley nicht unschuldig daran.

Die Organisation der Bergarbeiter, so führt Darrow weiter aus, sei allerdings eine Kampfesorganisation; sie habe, wie viele andere Korporationen, sich einen Einfluß auf die Politik verschaffen wollen, sie habe versucht, Männer in öffentliche Aemter und Stellungen zu bringen, von denen sie annehmen konnte, daß sie ihren Einfluß zugunsten der Arbeiter aufwenden. Man habe — hier folgt wieder eine Spitze gegen den Staatsanwalt — auch versucht, den Herrn Hawley in das Amt eines Senatoren zu bringen, „leider ohne Erfolg“. Der Minen-Federation sei es gelungen, die Arbeitszeit in den Gruben von 12 auf 8 Stunden herabzudrücken, das Trucksystem zu beseitigen usw. Der Verband habe für die Arbeiter Unterstützungskassen, Hospitäler usw. errichtet und damit die Arbeiterklasse jener Grubendistrikte materiell und sozial auf eine höhere Stufe gebracht. Damit seien die Arbeiter aber auch widerstandsfähiger geworden und das errege die Wut der Unternehmer, die sich seit langem bemühen, die Organisation zu zerstören. Das alles werde durch Zeugen nachgewiesen werden. Es werde der Nachweis durch viele Zeugen erbracht werden, daß alle Gewalttaten, die man jetzt der Organisation der Bergleute anhängen wolle, durch Pinkertons ausgeführt oder veranlaßt wurden. Die von den Unternehmern bezahlten Pinkertons, die sich in die Arbeiterorganisationen einschlichen, seien es gewesen, die für die Ausführung verbrecherischer Taten Propaganda machten. Der Verteidiger kündigt ferner Beweise an über Orchards intimen Verkehr mit den Detektivs der berüchtigten Pinkertongesellschaft, sowie, daß Orchard wiederholt Drohungen gegen den ermordeten Gouverneur Steunenberg ausgesprochen habe. Den Kronzeugen Orchard nennt er den genialsten und monumentalsten Lügner aller Zeiten. Der Verteidiger schildert nun das Leben und den Charakter der drei Angeklagten. Die Vergangenheit derselben sei eine tadellose. Uebrigens sind alle erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit als Beamte der Organisation tätig. Hierauf wird in die Beweisaufnahme selbst eingetreten, sie beginnt mit einem Kreuzverhör Orchards durch die Verteidigung. Unter der Zeugenvernehmung der Verteidigung, über die wir später im Zusammenhange berichten wollen, tritt immer klarer zutage, daß Orchard ein Werkzeug der Minenbesitzer-Organisation war. Für den unbefangenen Beobachter war dies allerdings schon immer unstreitbar. Ferner ist erwiesen, daß Orchard aus seinem tödlichen Haß gegen den ermordeten Gouverneur Steunenberg so wenig Hehl machte, daß man nicht mehr lange nach dem Motiv für die Ermordung desselben zu suchen braucht. Der gerissene Verbrecher vereinigte hier zweierlei: Im Auftrage der Minengesellschaft mußte er gegen gute Bezahlung mörderische Taten begehen, welche auf die Arbeiterorganisation ein verhängnisvolles Licht werfen sollten. Dabei konnte er zugleich seiner Privatrache frönen, indem er den Mann, welcher zwischen ihn und den von ihm erträumten Reichtum getreten war, vom Erdboden vertilgte. Steunenberg war nach der Auffassung Orchards schuld daran, daß ihm sein Anteil auf die Herkulesgrube, einer ehemals wertlosen jetzt aber sehr wertvollen Mine verloren gegangen war. Darum der Haß gegen den Gouverneur, der wegen seines rigorosen Vorgehens gegen die Miners auch bei der Bergarbeiterorganisation nicht sehr beliebt war. Wie [illegible] eignet sich also dieser Fall für Orchards „Geschäfte“ und zugleich für seine Privatrache. Man kann sagen, daß die Beweisführung der Staatsanwaltschaft gänzlich mißlungen ist. Direkte Beweise, daß Haywood und seine Mitangeklagten in Verbindung mit dem Morde an Steunenberg gestanden hätten, sind nicht erbracht worden, man muß sich lediglich auf Indizien stützen, die aber durch die Verteidigung auch noch stark ins Wanken gebracht werden dürften. Die Stimmen, die der obigen Meinung Ausdruck geben, mehren sich denn auch sehr. So schreibt der Statesman, eine Tageszeitung, welche als ein der Staatsanwaltschaft freundlich gesinntes Organ gilt, über den Prozeß: „Viele, die den Prozeß verfolgt haben, sind der Meinung, daß es der Staatsanwaltschaft nicht gelungen ist, den Angeklagten Haywood direkt mit dem Verbrechen in Verbindung zu bringen und daß der Prozeß deshalb für die Anklage nicht besonders günstig stehe.“ Der Meinung sind allerdings sehr viele und es steht zu erwarten, daß deren immer mehr werden.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialistische Gemeindevertreter. Mit dem in voriger Woche in Eppenheim errungenen Siege zählt die sozialdemokratische Partei im 12. badischen Wahlkreise zusammen 82 sozialdemokratische Bürgerausschußmitglieder und einen Gemeinderat.

„Arbetaren“, das Organ der finnischen Sozialdemokratie schwedischer Sprache, erscheint seit dem 1. Juli d. J. täglich und in vergrößertem Format sechsspaltig gedruckt. Bei dem Umstand, daß in der finnischen Hauptstadt zwei besonders große bürgerliche Tageszeitungen schwedischer Sprache sich in holder Eintracht bemühen, die Bevölkerung in politischer Blindheit zu erhalten, ist es um so mehr erfreulich, daß nun tagtäglich in derselben Sprache gründliche Aufklärung über die politischen und sozialen Verhältnisse verbreitet werden kann. „Arbetaren“ hat es bis jetzt auf 3500 Abonnenten gebracht, während das in finnischer Sprache erscheinende Hauptorgan der Sozialdemokratie „Työmies“ schon 27,000 Abonnenten zählt. Die schwedische Arbeiterschaft Finnlands wird

Der Fall Peters.

Von Ludwig Thoma.

Die Kriegserklärung an Malamia erachtete der Gerichtshof für ein schweres Dienstvergehen, das die schlimmsten Folgen hätte nach sich ziehen können.

In München hat Peters die Tatsachen im wesentlichen zugegeben.

Nun geht die Sache weiter.

Die Jagodia ist Kettengefangene im deutschen Lager.

Ueber ihre weiteren Schicksale haben wir genaue Kenntnis durch einen unbefangenen Zeugen, den Feldwebel Friedrich Wilhelm. Am 25. Dezember 1891 kam Wilhelm von Moschi nach der Kilimandscharo-Station und sah Jagodia mit einer schweren Kette gefesselt Gras ausjäten.

Sie hatte offene und schlecht verheilte Wunden. Er sprach mit dem armen Luder und hörte seine herzbewegenden Klagen.

Auf die Frage warum sie Ketten trage, antwortete Jagodia, sie wisse es nicht.

Ein schwarzer Unteroffizier erzählte Wilhelm, daß sie täglich fünfundzwanzig Hiebe erhalte.

Hier ergab sich in der Münchener Verhandlung ein Widerspruch in den Zeugenaussagen, der sofort beseitigt wurde.

Der ehemalige Lazarettgehilfe Mist hatte nur von einer einmaligen Auspeitschung Jagodias gesprochen.

Ebenso der frühere Oberleutnant von Pechmann.

Sie wurden vorgerufen, und jetzt mußte Mist zugeben, daß Jagodia öfters geschlagen wurde, ob täglich, daran könne er sich leider nicht mehr erinnern.

Herr von Pechmann hat erst nach der Verlesung der Berliner Urteile die Möglichkeit einer öfteren Auspeitschung zugegeben.

Wenn uns die Wahrheit auch nur zögernd herausgegeben wurde, so haben wir sie doch.

Sie geht dahin, daß man das arme, gemißhandelte Geschöpf tagtäglich mißhandelte, trotz der schwärenden Wunden.

Warum?

Weil — laut Peters — durch ihre Desertion die Station in Kriegsgefahr kam.

Das Gegenteil ist wahr.

Ihre [illegible] hat Herrn Peters nicht in Gefahr, sondern in [illegible] Krieg verwickelt.

Aber weiter!

Einige Tage nach dem 25. Dezember sprach Peters mit Wilhelm über die Jagodia, und Wilhelm hörte schon heraus, daß ihr kein anderes Schicksal blühe als dem Mabruk. Er sagte, sie sei jetzt abgemacht. Wilhelm hörte die Drohung so deutlich heraus, daß er erwiderte, „er werde jedenfalls nicht zu einer Ungesetzlichkeit beitragen.“

Man hat den Versuch gemacht, die Aussagen des sehr unbequemen Zeugen Wilhelm als ungenau und unzuverlässig hinzustellen.

Der Versuch ist kläglich gescheitert.

Man konnte Bronsart von Schellendorf verdächtigen, denn er ist weit entfernt, man konnte den Konsul Baumann Lügen strafen, denn er ist tot, auch [illegible], denn er ist tot, man konnte den Regierungsrat Hellwig angreifen, denn er war abwesend, man konnte die zwölf Richter insultieren, denn sie waren abwesend.

Aber jeden an den Pranger zu stellen, der seine Handlungen ins rechte Licht rückte, das vermochte Herr Peters doch nicht.

Aber weiter!

Peters hatte Wilhelm gut verstanden. Er sah, daß ihm der Mann im Wege war. Am ersten Januar schickte er ihn über den Panganifluß und Wilhelm hatte sofort das Gefühl, einen „unmotivierten Auftrag erhalten zu haben“.

Für uns ist diese Abkommandierung Wilhelms sehr wichtig.

Peters will glauben machen, daß auch die Hinrichtung Jagodias nur wegen der drohenden Situation erfolgte.

Aber er hatte trotz dieser angeblichen Gefahren den militärischen Befehlshaber mit dem größten Teile der Truppe von der Station entfernt.

Vier Tage vor der Hinrichtung.

Nämlich: Am dritten Januar 1892 entlief das [illegible] Weib den täglichen Mißhandlungen mit der Nilpferdpeitsche.

Am 4. Januar wurde sie wieder eingeliefert und am 5. nach einer dummen Farce von Gerichtsverhandlung aufgehängt.

Auf welche gesetzliche Bestimmung stützten sich diese Richter als sie das Todesurteil fällten?

Keiner von ihnen weiß sie uns zu nennen.

Weder Peters noch Pechmann.

Vielleicht war der verstorbene Zelewski im Besitze des Geheimnisses?

Peters wollte das Münchener Gericht über dieses gravierende Moment hinwegbringen; er erzählte so nebenbei, daß Sultane auf fliehende Gefangene schießen dürften, und [illegible] das Recht konstruieren, entwichene Gefangene hinzurichten.

Als hätten nicht auch in Deutschland die Posten das Recht gegen fliehende Sträflinge von der Waffe Gebrauch zu machen!

Wilhelm war militärischer Befehlshaber am Kilimandscharo und mußte seine Instruktion kennen. Er weiß nichts von einer Bestimmung, die über Flüchtlinge den Tod verhängt. Im Gegenteil, er hat die Erfahrung, daß man die Weiber einfach laufen ließ.

Also und [illegible]: Peters hat, wie auch der Disziplinargerichtshof feststellte, gegen das Gesetz ein Weib hinrichten lassen, das er wenige Monate vorher geschlechtlich benutzt hatte.

Zu den Hinrichtungen Mabruks und Jagodias kam auch die frühere Verfehlung.

Die Auspeitschung der [illegible], unter denen sich nur ein Schuldiger befinden konnte.

Mit anderen Worten: Die [illegible] zur Ergänzung eines Gefühlsaffekt.

Ich frage alle [illegible]

[illegible]

[illegible]

Arbeiterbewegung.

Die Aussperrung der Dachdeckergesellen in Elberfeld ist zu deren Gunsten beendet worden.

Die Schuhmachergesellen in Göppingen haben eine Lohnbewegung begonnen. Ferner sind die Arbeiter in der Schuhfabrik von Süß und Cohn in Nordheim bei Heilbronn wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten.

Im Malergewerbe zu Stuttgart ist zwischen Meistern und Gehilfen ein Tarifvertrag vereinbart worden, der aber seine Gültigkeit erst mit dem 1. Januar 1908 beginnt. Die Mindestlöhne wurden festgesetzt auf 44 Pfennig für Gehilfen unter 20 Jahren und auf 50 Pfennig für ältere Gehilfen. Außerdem wurde die Arbeitszeit auf 9½ Stunden herabgesetzt.

Die Steinmetzgehilfen in Regensburg haben mit den Arbeitgebern einen Tarif abgeschlossen, durch den verschiedene Verbesserungen eingeführt worden sind. Der Vertrag hat vier Jahre Gültigkeit.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Lahr siegte die Liste des Gewerkschaftskartells mit 514 Stimmen gegen die des „christlichen" Arbeiterkartells, der es nur auf 261 Stimmen brachte.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. Juli.

Geschichtskalender.

25. Juli.

1655 Der Epigrammendichter Friedrich von Logau in Liegnitz †.
1790 Der [illegible] in Magdeburg †.
1906 Die [illegible]katastrophe vor Gericht.

„Familienzerstörung"?

Von einem Freunde unseres Blattes wird uns geschrieben:

Von den Eltern „losgerissen" hat man auch in diesem Jahre wieder über fünfhundert Breslauer Schulkinder und in allerhand entfernt liegenden Anstalten untergebracht, wo sie g r a t i s verpflegt und erzogen wurden. Ja, sehen wir denn schon im sozialdemokratischen Zukunftsstaate, daß die armen Kinder einfach aus der Familie „herausgerissen" und in Anstalten untergebracht werden können, wo sie [illegible] bewacht und geleitet? Wozu führt man erst einen [illegible] Kampf gegen die Sozialdemokratie, wenn auch ihr Lieblingsprogramm, die g e m e i n s a m e Verpflegung und Erziehung der Jugend, schon in der heutigen Gesellschaft durchgeführt wird?

In den Ferienkolonien, denn um diese handelt es sich, steckt [illegible] ein Stückchen Sozialismus, wenn auch nur ein sehr bescheidenes. Es interessiert uns daher, einmal festzustellen, wie sich die Ferienkolonisten und deren Eltern zu dieser „Familienzerstörung" verhalten und welches Resultat sie zeitigt. Gibt es denn wirklich Eltern, die sich ihre Kinder „entreißen" lassen und [illegible] nicht in die Ferienkolonien geschickt werden? [illegible] Die Eltern scheuen keine Anstrengung und Aufopferung, um ihren Kindern die Aufnahme zu ermöglichen, und die Kinder selbst reißen sich darum, mitfahren zu können. Betrübt stehen nur diejenigen, die zurückgewiesen werden müssen, weil die [illegible] Mittel nicht ausreichen, um nur alle Hilfsbedürftigen aufnehmen zu können. Es dürfte aber wohl keine einzige Proletarierfamilie geben, die ihr Kind nicht in eine Ferienkolonie eintreten lassen wollte, und keinen Knaben und kein Mädchen, das nicht freudig mit hinausziehen möchte in unsere herrlichen Berge.

Und welche Stellung nimmt die bürgerliche Presse zu diesem Stückchen Sozialismus ein, welches sie gegen die Kommune, das diese „Familienzerstörung" einleitet und durchführt? Durchaus nicht: Die Zeitungen aller Parteien bringen alljährlich enthusiastische Berichte über die Ergebnisse der Ferienkolonien und preisen das Werk als ein großes soziales Werk. In einem [illegible] in der „Breslauer Morgenzeitung" erschienenen Bericht über die Ergebnisse im vorigen Jahre heißt es:

„..... Das [illegible] hat [illegible] übernommen, daß unseren Großstädtern auch Gelegenheit gegeben wird, während des Ferienaufenthalts ihren Gesichtskreis in entsprechender Weise durch neue Eindrücke zu erweitern, jedoch gleichzeitig die geistige Entwicklung günstig beeinflußt wird und die Kinder auch in Bezug auf Geist und Gemüt bereichert in die Heimat zurückkehren. Das tägliche häusliche Leben in einer Ferienkolonie bietet den Führern und Führerinnen fortwährend Gelegenheit, in erziehlicher Beziehung segensreich auf die Kinder einzuwirken. Das Verhalten der Kinder zu einander, das Betragen den Wirtsleuten, Dienstboten und Kindern des Ortes gegenüber, die Schonung des fremden Eigentums, die liebevolle Behandlung der Tiere in Haus und Hof, Feld und Wald, die Gewöhnung zu artigem Betragen, zu Bescheidenheit und Ordnung, das alles sind Momente, die im Leben einer Ferienkolonie in Erscheinung treten und die erziehliche Einwirkung der Führer und Führerinnen in Anspruch nehmen. Und so zeigt sich die erfreuliche Tatsache, daß die Kolonien jedes Jahr in der Fremde aufs neue mit Freude begrüßt werden und sich überall Freunde erwerben. Sie haben selbst das Vorurteil gegen die Großstadtkinder der Großstadt glänzend widerlegt. Das [illegible] hat die Pflege der Kolonien [illegible] bestätigt, die [illegible] weist überall sehr gute Resultate auf. [illegible] Möge sich das edle soziale Werk der Ferienkolonien stets ausbreiten und neue Gönner und Freunde erwerben, damit sie sich immer mehr entfalten, als [illegible] Pflegestätten für die hilfsbedürftige Jugend in körperlicher und sittlicher Beziehung und als ein Segen für unser Volk!"

Und dieses überaus günstige Resultat ist erzielt worden in einem Zeitraum von drei Wochen an Kindern der Minderbemittelten, über deren Ernährung und sittliche Vernachlässigung die Zeitungen nicht genug jammern können. Welch herrlicher Menschenschlag müßte heranwachsen, wenn alle Kinder das ganze Jahr hindurch nach denselben Grundsätzen verpflegt und erzogen würden?

Der heutigen Gesellschaft fehlen freilich dazu die Mittel. Erst die sozialistische Gesellschaft wird die Summen herbeischaffen, die nötig sind, um das große Erziehungswerk auszuführen. Und kein geistig gesunder Mensch wird dagegen etwas einzuwenden haben, ebensowenig wie heute kein Vater und keine Mutter ihr Kind nicht in die Ferienkolonien ziehen lassen. Es wird aber auch keine Zeitungsschreiber mehr geben, die als Schildträger des Kapitals die gemeinsame Verpflegung und Erziehung der Jugend verunglimpfen und als „Zerstörung der Familie" begeifern werden. Solche gedankenlose oder böswillige Geistesschwächen werden in der sozialistischen Gesellschaft nicht [illegible] werden, und [illegible] ihre Äußerungen [illegible]. [illegible] an den kapitalistischen Futterkrippen und machen ihr [illegible] Fortkommen [illegible]. Sie werden auch vermutlich das [illegible] Problem der Jugend-Erziehung [illegible]. Unseren Genossen aber empfehlen wir das obige Zitat aus einer bürgerlichen Zeitung mit zu verwenden, wenn es gilt, den [illegible] Vorwurf zu bekämpfen: „Die Sozialdemokratie zerstört die Familie."

* **Noch einmal die [illegible] Postkarten.** Wir veröffentlichten vor einiger Zeit in Gemeinschaft mit der gesamten deutschen Presse die [illegible] der Breslauer Staatsanwaltschaft [illegible], welche Gemälde [illegible] Maler wiedergeben. Durch unseren Artikel ist ein neues Verfahren veranlaßt worden, nämlich die Veröffentlichung der Anklageschrift [illegible], was nach § 17 des Preßgesetzes verboten ist. In Breslau hat sich des gleichen Vergehens schuldig gemacht die „Morgenzeitung", die „Bresl. Ztg." und der „General-Anzeiger", im ganzen Lande aber sind es nach unserer Schätzung rund 500 Zeitungen, die [illegible] der Breslauer Polizei und Staatsanwaltschaft [illegible] in die Lage des § 17 [illegible]. [illegible] in dem [illegible] Staatsanwaltschaft selbst [illegible] wurde, [illegible] § 17 [illegible] zu haben. Dehnt die Breslauer Staatsanwaltschaft ihre [illegible] auf alle Blätter aus, die ihre Anklageschrift abgedruckt haben, dann wird es einen sehr erfolgreichen Feldzug für die Staatskasse geben. So kann der vermeintliche Feldzug gegen die Unsittlichkeit doch noch einträglich werden.

* **Flugblattverbreitung keine Sonntagsentheiligung.** Mehrere Parteigenossen in [illegible] hatten polizeiliche Strafmandate erhalten, weil sie am Sonntag, den 30. Dezember 1906, in Wickrath Flugblätter verbreitet hatten. Damit sollten sie durch öffentlich bemerkbare Arbeit die Sonntagsruhe gestört haben. Das Schöffengericht bestätigte die Strafmandate. Unsere Genossen legten Berufung ein mit dem Erfolge, daß sie dieser Tage von der Strafkammer in M.-Gladbach von Strafe und Kosten freigesprochen wurden.

Mal so, mal so, wie's trifft! Das Ganze ist dann die deutsche Rechtseinheit.

* **Eine Verlängerung der Verkaufszeit der Ladengeschäfte** hat der Breslauer Polizeipräsident wegen des Sängerfestes zugelassen und zwar sollen die Läden am 27., 29. und 30. Juli bis um zehn Uhr offengehalten werden dürfen.

Hiergegen fand gestern Abend im Vincenzhause eine Protestversammlung von Handelsangestellten und Chefs statt. Herr Wege vom deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande schilderte die Bestrebungen der Handlungsgehilfen auf Erreichung des Achtuhrladenschlusses und vertrat die Auffassung, daß insbesondere weder beim Publikum noch den Chefs ein wirkliches Bedürfnis nach Ausnahmetagen vorhanden sei, an denen die Läden noch über 9 Uhr hinaus geöffnet sein könnten. Am Schlusse seines Referats empfahl er die Annahme folgender „Entschließung" (der bekannte Ausdruck „Resolution" wird von den Antisemiten seit einiger Zeit als undeutsch verpönt):

Die heute im großen Saale des St. Vincenzhauses von mehr als 500 Ladeninhabern und Handlungsgehilfen besuchte Versammlung erhebt Einspruch gegen die Verlängerung der Verkaufszeit am 27., 29. und 30. Juli anläßlich des 7. deutschen Sängerbundesfestes. Die Versammlung ist überzeugt, daß sich die Bevölkerung Breslaus bereits so an den Einkauf vor neun Uhr Abends gewöhnt hat, daß ein Ausnahmetag ein Bedürfnis überhaupt nicht vorliegt; sie glaubt auch nicht, daß die auswärtigen Sänger die Stunden von 9—10 Uhr Abends benutzen werden, um in der Stadt Einkäufe zu machen.

Die Versammlung richtet daher an den Herrn Polizei-Präsidenten das ergebene Ersuchen, die Verfügung über die Freigabe der Ausnahmetage zurückzunehmen.

Sie richtet ferner an alle Breslauer Ladeninhaber die Bitte, an den genannten Tagen die Läden auf alle Fälle um 9 Uhr zu schließen und hofft, daß die Bevölkerung Breslaus und die auswärtigen Sänger ihre Einkäufe so rechtzeitig machen werden, daß sowohl Prinzipale wie Angestellte spätestens um 9 Uhr ihren Feierabend haben.

In der Diskussion erklärte sich Genosse [illegible], namens des Verbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands mit der Resolution einverstanden, obwohl wenig Hoffnung vorhanden sei, daß der Polizeipräsident seine Verfügung zurückziehe. Die Wünsche von Arbeitern seien von ihm noch nie besonders berücksichtigt worden. Vielleicht hat die Versammlung aber für künftig den [illegible] Erfolg, daß bei ähnlichen Anlässen auch die Handlungsgehilfen um ihre Auffassung befragt werden. Redner erklärt zuletzt, daß sein Verband auf eine aus dem gleichen Anlaß geplante Protest-Versammlung verzichtet habe und an dieser Versammlung teilnehme, um den Protest zu einem einheitlichen zu gestalten.

Der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte (Sitz Berlin) erklärt sich durch eine Zuschrift ebenfalls gegen die Freigabe von Ausnahmetagen.

Von den anderen Breslauer Vereinen von Handelsangestellten meldete sich niemand zum Wort. Deren Mitglieder hatten es vorgezogen, schon gestern auf dem Festplatz herumzulaufen, anstatt sich um ihre Berufsinteressen zu kümmern. Obige „Entschließung" wurde einstimmig angenommen.

* **Für Schulausflüge** hat die Regierung in Wiesbaden jüngst folgende sehr vernünftige Verhaltungsmaßregeln angeordnet: 1. Den Schulkindern ist bei solchen Ausflügen der Genuß von Bier und anderen geistigen Getränken nicht zu gestatten. 2. Die Ausflüge sind in der Regel nicht in [illegible] auf das Land und in den Wald zu richten. 3. Die Marscheinteilung ist so einzurichten, daß Vormittags zwei bis drei Stunden und Nach-

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der [illegible] lenkbare Luftballon. Den ersten Aufstieg des [illegible] lenkbaren Luftballons ist Dienstag gegen Abend [illegible] erfolgt. Es wird darüber berichtet:

[illegible]

[illegible]. [illegible]

Aus aller Welt.

[illegible]

mit der Erklärung zu unterzeichnen, daß er freiwillig mit ihr in den Tod gehe.

Eine Unverwüstliche. [illegible]

Wie Prinzen Schulden machen. [illegible]

Folgen des [illegible]. [illegible]

Russisches Heldentum. [illegible]

Internationale Taschendiebe. [illegible]

Ein Millionär als Matrose. Aus New York wird der „Daily News" gemeldet, daß ein amerikanischer Millionär, [illegible]

Im Gewitter gekentert. Aus [illegible] wird telegraphiert: [illegible] während eines Gewitters ein Boot mit fünf Insassen gekentert. [illegible] Drei Personen ertranken.

[illegible] Badegesellschaft. [illegible]

Die Geliebte des Pfarrers. Von der Strafkammer des Landgerichts [illegible] wurde die [illegible] zu [illegible] Jahren Gefängnis verurteilt. [illegible] 60,000 Mark [illegible]

Kleine Chronik. [illegible]

[illegible] legt, eine Mittagspause [illegible], in der unter anderem den Kindern Gelegenheit gegeben wird, zu ruhen oder zu spielen.

Besonders dem zweiten Punkte sollten auch die Breslauer Schulverwaltungen stets nacheifern.

Beiträge zur Säuglingssterblichkeit.

Die hohe Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre hat eine Reihe von Gemeinden veranlaßt, endlich aus ihrer früher an den Tag gelegten Gleichgültigkeit zu erwachen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu ergreifen. In erster Linie versucht man es mit Mitteln, die nichts kosten, beschreitet den Weg der **Belehrung**. Es werden auf den Standesämtern an diejenigen Personen, welche Geburten anzeigen, Merkblätter über die Ernährung und Pflege der Säuglinge verteilt; unberücksichtigt läßt man, ob die Eltern auch in der Lage sind, die Vorschriften zu befolgen. Daneben sucht man durch Kreisärzte, Aerzte, Hebammen und Pflegerinnen oder auch durch öffentliche Vorträge die Mütter zu belehren. Solche Ratschläge und Vorträge mögen ja recht lehrreich sein, aber leider werden die meisten Mütter dadurch allein noch nicht in die Möglichkeit versetzt, ihren Kindern die Pflege und Aufwartung zuteil werden zu lassen, die im Interesse der Volksgesundheit notwendig ist.

Was die **praktische Fürsorge** betrifft, so ist man jetzt mehr als bisher bestrebt, die Wochenpflege durch Ausbildung von Wochenpflegerinnen und durch Bereitstellungen von Kisten mit Gegenständen, Wäsche usw. für die Wochenpflege zum Ausleihen an bedürftige Wöchnerinnen, sowie durch Ausbildung von Hauspflegerinnen zur Unterstützung der Wöchnerinnen in der Hausarbeit zu fördern. Daneben ist in einer Reihe von Städten die Begründung von Mütter- und Säuglingsheimen, von Kinderasylen und Säuglingskrankenanstalten vorbereitet. Man ist eifrig, in allen derartigen Anstalten in erster Linie die natürliche Ernährung darzubieten. Für Wöchnerinnen, welche ihr Kind längere Zeit hindurch stillen, werden Stillprämien gegeben, auch sucht man Hebammen, in deren Praxis sich die meisten stillenden Mütter finden, durch Prämien zu belohnen. In einer Anzahl größerer Stadtgemeinden sind Fürsorgestellen eingerichtet, in denen die Mütter und Angehörigen der Säuglinge ärztlichen Rat über die Ernährung und Pflege der Kinder erhalten, und eine einwandsfreie Kindermilch teils unentgeltlich an die Armen, teils zu ermäßigten Preisen an die Bedürftigen abgegeben wird. In anderen Städten sind seitens der Gemeinden eigene Anstalten zur Beschaffung guter Kindermilch errichtet. Auch der Ueberwachung der Haltekinder wird seitens der Behörden eine größere Aufmerksamkeit als früher geschenkt.

So gut und schön alle diese Maßnahmen gemeint sein mögen, viel werden sie nicht helfen, **so lange nicht die gesamte Lebenshaltung des Proletariats gehoben wird.** Gerade die Kinder des Proletariats werden am ehesten dahingerafft. Die Ursachen liegen nahe: enge, dumpfe Wohnungen ohne Licht und Luft, Zwang der Mütter, selbst noch in hochschwangerem Zustande ihrem Erwerb nachzugehen und bald nach der Entbindung wieder im Dienste des Kapitalismus zu fronden, die Unmöglichkeit vieler Mütter, ihre Kinder selbst zu stillen und oft genug die Notwendigkeit, den Tag über ihre Kinder fremden Händen anvertrauen zu müssen. Es ist kein Zufall, daß die Sterblichkeit an Brechdurchfall, die ja die meisten Opfer fordert, in den östlichen Regierungsbezirken im allgemeinen weit höher ist als in den westlichen und daß in den großen Städten und den Ortschaften mit dicht gedrängt wohnender Arbeiterbevölkerung zahlreiche Kinder an Brechdurchfall sterben, während auf dem Lande, wo gute frische Milch leicht zu beschaffen ist, und besonders dort, wo die Kinder fast durchweg an der Mutterbrust ernährt werden, diese Erkrankungen nur selten waren. Ebenso erklärlich ist es, daß z. B. im Kreise **Oels** amtlichen Berichten zufolge die Säuglingssterblichkeit infolge Brechdurchfall unter den Kindern der Landarbeiter sechsmal so groß war als unter denen der selbständigen Landbewohner und Städter. Auch aus dem Regierungsbezirk Potsdam wird berichtet, daß in Orten mit vorherrschender Industrie, wie Brandenburg an der Havel, Luckenwalde, Spandau, wo auch die Mütter einer gewerblichen Tätigkeit außerhalb des Hauses nachgehen, die regelmäßige Ernährung der Kinder auf Schwierigkeiten stößt. In Stettin, wo der Brechdurchfall trotz Abnahme der Säuglingssterblichkeit noch zahlreiche Opfer forderte, zeichnen sich gewisse an der Peripherie der Stadt gelegene Bezirke durch eine besonders hohe Säuglingssterblichkeit aus.

Charakteristisch ist es übrigens, daß die Vertreter der Bourgeoisie, die früher den sozialdemokratischen Bestrebungen auf Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit gegenüber sich vielfach ablehnend verhielten, seit einiger Zeit förmlichen Sport damit treiben. Mitbestimmend mag hierbei der Grund sein, daß am 15. November 1904 die deutsche Kaiserin die Notwendigkeit der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in einem Schreiben an den Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins betont hat.

---

* **Ueber die Ernteaussichten in Preußen** wird amtlich mitgeteilt: Der Stand der Saaten hat sich im Juni in Preußen etwas gebessert. Um die Mitte Juli war der Stand der Saaten, wenn 2 gut, 3 mittel, 4 gering bedeutet: Winterweizen 3,0 (Vormonat 3,2), Sommerweizen 2,4 (2,5), Winterspelz 2,5 (2,6), Winterroggen 2,7 (2,8), Sommerroggen 2,6 (2,7), Sommergerste 2,3 (2,4), Hafer 2,3 (2,4), Erbsen 2,4 (2,5), Ackerbohnen 2,3 (2,5), Wicken 2,3 (2,5), Kartoffeln 2,5 (2,6), Zuckerrüben 2,5 (2,6), Winterraps und Rübsen 3,4 (3,5), Flachs 2,5 (2,7), Klee 3,3 (3,1), Luzerne 3,0 (3,1), Rieselwiesen 2,7 (2,7), andere Wiesen 3,0 (3,1).

In den Bemerkungen der Statistischen Korrespondenz heißt es: Die Heftigkeit der mehrfachen wolkenbruchartigen, vom Sturm gepeitschten Regengüsse hat das Getreide in großem Umfang zum Lagern gebracht und auf manchen Feldern Windbruch verursacht. Auch hatten die Gewitter in einigen Strichen schädigenden Hagel im Gefolge; es kann jedoch nicht gesagt werden, daß die Berichte hierüber ungewöhnlich zahlreich seien. Ueber tierische Schädlinge liegen verhältnismäßig wenig Nachrichten vor, umsomehr aber über massenhaftes Auftreten von Unkraut aller Art, dessen Beseitigung durch die Nässe sehr verzögert wird. Von den Winterhalmfrüchten hat der **Weizen** seine dünne Bestockung verhältnismäßig am meisten aufgebessert. Der Spelz und der **Roggen**, deren Befund schon im Vormonat nicht ungünstig war, konnten sich mit weniger Gewinn begnügen. Beim Roggen wird der dünne Stand durch kräftigen Halm und große, volle Aehren als ausgeglichen erachtet. Die **Ernteaussichten** hätten also sowohl hinsichtlich des Kornes wie des Strohes zu den besten Hoffnungen berechtigt, **wenn** nicht die umfangreiche Lagerung eine Beeinträchtigung der Körnerbildung und bei dem mangelnden Sonnenschein wohl auch der Ausreifung sowie ein Auswachsen befürchten ließe. Mit dem Mähen ist in den meisten Gebieten noch nicht begonnen worden; infolge des stürmischen Wetters mit häufig vorkommender Wirbellagerung wird das Mähen viel Arbeitslohn erfordern, weil die Maschine nicht benutzt werden kann. Von der Witterung ist hauptsächlich der Weizen, weniger der Roggen mit Rost befallen.

Die Sommerhalm- und die **Hülsenfrüchte** haben sich zufriedenstellend weiter entwickelt; Sommerweizen und -Roggen sind vielfach durch Windbruch geschädigt. Bei den Feldkartoffeln hat sich die Fäulnis weiter verbreitet, außerdem tritt in vielen Gegenden die Schalenkrankheit auf. Bei Klee und Luzerne wird, nachdem der erste Schnitt zum beträchtlichen Teil nur als Dung zu verwerten war, auch beim zweiten Schnitt nicht viel erwartet. Aehnlich ist die Lage bei den Wiesen.

[illegible] § 30 des Gesetzes vom 21. Mai 1861 ist die Gemeinde-Veranlagung zur Gebäudesteuer vom 1. Januar 1910 ab einer Revision zu unterwerfen und der Nutzungswert der steuerpflichtigen Gebäude gemäß § 6 des Gesetzes und gemäß Anweisung des Finanzministers vom 20. Dezember 1906 nach den in den Jahren 1898 bis 1907 bezogenen Mietpreisen festzuhalten. Zu diesem Zweck werden an Ort und Stelle der Hausgrundstücke durch die von uns dazu beauftragten und mit Ausweiskarten versehenen Personen Gebäudebeschreibungen aufgestellt werden. Von den Ortsterminen erhalten die Gebäude-Eigentümer in jedem Falle durch besondere Benachrichtigung Kenntnis. Die Gebäudebeschreibungen müssen sich auf sämtliche zu einer Besitzung gehörigen Gebäude erstrecken und, soweit es sich ermitteln läßt, die jährlichen Mieten enthalten, welche in den Jahren 1898 bis 1907 vereinbart worden sind. Für die Veranlagung zur Gebäudesteuer ist der Durchschnittsnutzungswert maßgebend. Es ist daher auch für die vom Gebäude-Eigentümer selbst benutzten sowie für die zur Vermietung bestimmten jedoch leerstehenden Räume der durchschnittliche Mietswert zu veranschlagen. Die dem Eigentümer aufzuwendenden Reparatur- oder Unterhaltungskosten, die Mietsausfälle, Hypothekenzinsen und sonstigen Abgaben dürfen von den Mieten nicht abgezogen werden; ebensowenig sind die persönlichen Verhältnisse des Eigentümers zu berücksichtigen. Hingegen ist besonders anzugeben, wenn in dem Mietpreise Entschädigungen 1. für besondere Leistungen des Vermieters (Wasser, Flur- und Treppenbeleuchtung, Heizung und Beleuchtung der Mietsräume usw.), 2. für die Benutzung überlassener Mobilien und dergleichen mitenthalten sind. Bei den zum Gewerbebetrieb bestimmten Gebäuden kommt nur der Mietswert des räumlichen Gelasses ohne die damit verbundenen Triebwerke oder die darin befindlichen Maschinen oder Gerätschaften in Betracht. Da jedes besondere Gebäude nach seinem selbständigen Nutzungswerte zu veranlagen ist, so sind die einheitlich vereinbarten Mieten für mehrere in verschiedenen Gebäuden liegende Räume auf die der einzelnen Gebäude verhältnismäßig zu verteilen. Vorstehendes wird den Gebäudeeigentümern im Stadtbezirk Breslau unter Hinweis auf § 13 des Gesetzes vom 11. Mai 1861 mit der Aufforderung öffentlich bekannt gemacht, den mit der Aufstellung der Gebäudebeschreibungen Beauftragten die vorhandenen Mietverträge, Mietbücher und sonstigen Schriftstücke zur Einsicht vorzulegen.

* **Aus Schmiedekreisen** werden wir um Aufnahme folgender Polemik ersucht: „Der „Schlesischen Arbeiterzeitung", Leiborgan der Hirsche, hat es die „Schmiedezeitung" angetan. Da sie aber der „Schmiedezeitung" anders nicht beikommen kann, benutzt sie eine Aufforderung zur Rechtfertigung des Zentralvorstandes des Schmiedeverbandes an ein Mitglied, gegen welches das Ausschlußverfahren eingeleitet ist. Dabei haut die „Schlesische Arbeiterzeitung" wieder arg daneben. Zunächst hat ihr Berichterstatter jene Aufforderung sich nur halb angesehen, sonst hätte er nicht geschrieben, daß die „Schmiedezeitung" ein Mitglied ausschließen wolle. Eine Zeitung ein Mitglied ausschließen? und wie denn? Arme Redaktion, die solchen Unsinn der Oeffentlichkeit übergibt. Doch weiter. Die „Schlesische Arbeiterzeitung" findet es sonderbar, daß ein seit zirka acht Wochen dem Gewerkverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter angehörendes Mitglied aus dem Verband der Schmiede ausgeschlossen werden soll und faselt dabei von „korrekter" Geschäftsführung im Schmiedeverbande. Nun, bei der geistigen Verwirrung des Berichterstatters und der Redaktion der „Schlesischen Arbeiterzeitung" ist es nicht verwunderlich, was sich diese Leute unter „korrekter" Geschäftsführung vorstellen. Aber für so beschränkt hätte man doch die Redaktion der „Schlesischen Arbeiterzeitung" nicht gehalten, daß sie selbst den Gewerkverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter an den Pranger stellen würde. Dies geschieht nämlich, wenn die „Schlesische Arbeiterzeitung" konstatiert, daß ein Arbeiter, gegen den ein Ausschlußverfahren eingeleitet ist, vom Gewerkverein mit offenen Armen empfangen wird und der zur Rechtfertigung Aufgeforderte auf das „einfältige Geschreibsel" der „Schmiedezeitung" nichts geben, sich also **mutig zurückziehen** wird. Dadurch wird auch gleichzeitig dargetan, daß die Leitung des Gewerkvereins Handlungen, wie sie dem Schmied Viertel zur Last gelegt worden sind, als berechtigt ansieht. Wenn dann der Gewerkverein H.-D. als eine **Organisation von Verrätern und Schmarotzern** betrachtet wird, dann mögen sich die ehrlichen und anständigen Mitglieder des Gewerkvereins bei ihrer Leitung und der „Schlesischen Arbeiterzeitung" dafür bedanken und wenn sie nicht auch als Verräter betrachtet sein wollen, dann wird und kann ihres Bleibens in solcher Gesellschaft nicht länger sein."

* **Zu dem offenen Briefe des Gauleiters Dietrich** und seiner Antwort durch den Gewerkvereinler Herbig geht uns noch folgendes Eingesandt zu:

„In Nr. 168 der „Volkswacht" steht eine Notiz, in welcher Herr Oskar Herbig, Agitationsleiter des Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereins zu Görlitz bestreitet, in der fraglichen Versammlung zu Grünberg gesagt zu haben, der Gauleiter Dietrich sei schriftlich zu der Versammlung, in welcher Herr Dornblüth (nicht Strohfeld) aus Berlin referierte, eingeladen worden. Ich bemerke hierzu folgendes: Herr Herbig vom Gewerkverein hat in einer öffentlichen Textilarbeiter-Versammlung am 18. Juni **wörtlich erklärt**, Herr Dietrich sei zu der Versammlung, in welcher oben genannter Herr Dornblüth referiert hat, eingeladen gewesen, aber nicht erschienen. Ebenso (meint er) habe sich am selben Abend Herr Schlegel mit seinem Bäckerdutzend Metallarbeiter nicht blicken lassen. Auch der Genosse Heitsche vom Textilarbeiterverband wurde seitens des Herrn Bierhub, welcher in der fraglichen Versammlung das Referat hatte, verleumdet, allerdings war es leicht, denn keiner der drei Genossen war anwesend. Ich habe dann ausdrücklich Herrn Bierhub genau so wie Herrn Herbig erklärt, daß, wenn Genosse Dietrich oder ein anderer **eingeladen** gewesen wäre, sie auch Herrn Dornblüth **nicht gefürchtet** hätten. Auch habe ich sofort die Wahrheitsliebe der Gewerkvereinler in öffentlicher Versammlung ins richtige Licht gerückt. Dies kann durch den Ortsbeamten der Textilarbeiter, Genossen Schneider, bestätigt werden. Durch die Notiz, welche Herr Oskar Herbig aus Görlitz auf den offenen Brief des Genossen Dietrich gebracht hat, hat er bewiesen, daß er in der öffentlichen Textilarbeiterversammlung die **Unwahrheit** gesagt hat, oder an Gedächtnisschwäche leidet. Nur **ein** Irrtum ist Genossen Dietrich unterlaufen, indem er den Namen Strohfeld mit Dornblüth verwechselt hat. Herr Herbig scheint dem Grundsatz zu huldigen: Verleumde nur, denn etwas bleibt doch hängen.

Fritz Joppich, Breslau X,
Gauleiter des Fabrikarbeiter-Verbandes."

Eine im Gassenton gehaltene Zuschrift dieses p. Herbig in der Hirsch-Duncker'schen Zeitung beweist übrigens, daß dieser Herbig selbst nicht weiß, was er noch behaupten kann und was er bestreiten muß. Man gibt sich wohl am besten mit solcher Gesellschaft nicht mehr ab.

* **Straßenabsperrung wegen des Sängerfestes.** Der Polizeipräsident von Breslau macht im Inseratenteil der heutigen „Volkswacht" bekannt, daß es ein gleiches Recht in unserer Stadt nicht gibt, sondern, daß den Sängern ein langer, den Verkehr behindernder Umzug gestattet worden ist, wie er den Arbeitern zum 1. Mai schon dutzendmal verboten wurde. Eine Anzahl Straßen werde stundenlang gesperrt, damit diese Straßendemonstration unbehindert von Stapel gehen kann. In Oesterreich, Frankreich, England, Schweiz, dürfen auch sozialdemokratische Parteien solche Umzüge veranstalten, bei uns im Lande der größten Rechtsgarantien natürlich nicht.

Als Nachtrag zu unserer gestrigen Notiz über die Rute der **Städtischen Straßenbahn** nach dem Kaiser Wilhelmplatz wollen wir bemerken, daß jeder denkende Arbeiter natürlich die Benutzung der **Städtischen Straßenbahn** vorziehen wird, wenn ihm die Wahl zwischen den beiden nach dem Süden führenden Gesellschaften freisteht. Denn er hat gar keine Ursache, den riesigen Gewinn der Privatunternehmer noch zu vermehren.

Laute Klage führt die „Schlesische Zeitung" über die mangelhafte [illegible]

[illegible] Verkehr dienen!

* **Den Transport ansteckend Erkrankter.** Der Polizeipräsident macht in einer Bekanntmachung im „Breslauer Amts- und Intelligenzblatt" darauf aufmerksam, daß zum Transport von Personen mit übertragbaren Krankheiten **Droschken oder andere zur allgemeinen Personenbeförderung bestimmte Lohnfuhrwerke nicht benutzt werden dürfen.** Es stehen dem Publikum hier zur Beförderung von Kranken, insbesondere von Personen, die mit einer ansteckenden Krankheit behaftet oder einer solchen verdächtig sind, gegen Entrichtung bestimmter Gebühren besondere **städtische Krankentransportwagen** zur Verfügung, welche jederzeit, auch telephonisch, requiriert werden können. Die Meldung ist unter Angabe der Krankheit an das [illegible] Allerheiligen-Hospital zu richten. — Vor einiger Zeit haben wir erst kritisieren müssen, daß die Benutzung der städtischen Krankenwagen für die große Masse der Bevölkerung viel zu teuer ist. Zwingt man die Einwohner, zu derartigen Transporten nur die städtischen Wagen zu benutzen, dann stelle man sie unentgeltlich zur Verfügung oder richte die Preise wenigstens so ein, daß der Transport nicht teurer wird, als mit einer Droschke.

* **Straßenbenennung.** Der zwischen den Grundstücken Rosenthalerstraße 5 und 6 und Mehlgasse 30 und 32 von der Rosenthalerstraße bis zur Mehlgasse führenden Verbindungsstraße ist die Bezeichnung „Mochnerstraße" gegeben worden.

* **Gesperrte Straßen.** Für Fuhrwerk und Reiter werden gesperrt: wegen endgültiger Befestigung die **Alexanderstraße** zwischen Garve- und Margaretenstraße einschließlich der Kreuzungen mit diesen beiden Straßen vom 12. August ab auf sechs Wochen, wegen Neupflasterung die **Friedrichstraße** zwischen Teich- und Neudorfstraße vom 3. August ab auf vier Wochen.

* **Vermißt** wird seit dem 12. d. M. der 36 Jahre alte Robert Niewald, Matthiasstr. 86.

* **Entgleister Straßenbahnwagen.** Bei der Entgleisung eines Straßenbahnwagens auf der Gartenstraße erfolgte ein Zusammenstoß mit einem Omnibus, an welchem ein Hinterrad zerbrochen wurde.

* **Aus der Schaukel gestürzt.** Am 22. d. M. Nachmittags schaukelte sich ein 20 Jahre alter Arbeiter mit einem neun Jahre alten Mädchen in einem Grundstück an der Pöpelwitzerstraße in einer Luftschaukel, als das Mädchen plötzlich aus der Schaukel stürzte. Das Kind erlitt anscheinend eine Gehirnerschütterung.

* **Verirrt angetroffen** wurde am 22. d. M. Nachmittags auf der Berliner Chaussee ein drei Jahre alter Knabe, welcher von der Witwe Kubyert, Pöpelwitzerstraße 88, in vorläufige Pflege genommen wurde.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 23. d. M. 26 Personen eingeliefert.

* **Gefunden wurden:** ein Kettenarmband, eine Granatbrosche, eine Damen-Stahluhr und ein graues Damenjackett.

* **Abhanden kamen:** ein braunes Pelzkollier, ein Trauring, ein Verlobungsring und blauseidener Pompadour mit Inhalt.

Festgenommen wurde eine Kellnerin, welche einem Wirtschaftsbeamten ein Portemonnaie mit 15 Mk. entwendet hatte.

* **Gestohlen** wurden einem Invaliden in einer Restauration auf der Ohlauerstraße ein Paket mit Leibwäsche und ein [illegible], einer Wirtsfrau aus Neisse auf dem Ringe ein Portemonnaie mit 14 Mk., einem Bildhauer aus einem Neubau auf der Kaiser Wilhelmstraße eine Brieftasche mit Papieren auf den Namen Bringmann.

Aus Schlesien und Posen.

Zur Lage der oberschlesischen Bergarbeiter.

In der vom oberschlesischen Grubenkapital beeinflußten bürgerlichen Presse wird ganz systematisch geschildert, wie vortrefflich die Lage der oberschlesischen Bergleute infolge der hohen Löhne und der vielen hochherzigen Wohlfahrtseinrichtungen ihrer „Brotgeber" geworden sei. Und man beklagt beweglich, daß die Arbeiter diese treffliche Situation nicht genügend ausnutzen, daß sie viel mehr noch verdienen könnten, wenn sie nur nicht so faul wären und nicht so viele Feierschichten machten. Der Landtagsabgeordnete Dr. Voltz, der bekannte Vertreter der vereinigten oberschlesischen Gruben- und Hüttenbarone, hat im preußischen Abgeordnetenhause in seiner berühmten „Bummelschichtenrede" diese Faulheit der oberschlesischen Bergleute sogar „statistisch" nachgewiesen. Wir haben seinerzeit eingehend die Unwahrheit jener Behauptungen des Herrn Dr. **Voltz** nachgewiesen.

Natürlich waren jene Behauptungen auch in dem Jahresbericht des „Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins", dessen Generalsekretär Herr Voltz ist, wieder enthalten, in Verbindung mit der Geschichte von den hohen Löhnen der Bergleute. Und daß die Oppelner Handelskammer sich in ihrem kürzlich erstatteten Jahresbericht in gleicher Weise ausspricht, darf bei der engen Verbindung der Herren Unternehmer nicht wunder nehmen. Nun haben sich die Leiter der katholischen Bergarbeiterorganisation in Oberschlesien veranlaßt gesehen, gegen diese systematische Herabsetzung der oberschlesischen Bergleute ebenfalls entschieden zu protestieren. In einer Resolution werden jene Behauptungen als ganz unberechtigt bezeichnet, da es im Gegenteil erwiesen sei, daß die oberschlesischen Bergarbeiter noch die längste Arbeitszeit haben, aber mehr Kohle fördern und weniger verdienen, wie in allen anderen bergbaulichen Bezirken. Wenn die Löhne etwas gestiegen seien, so seien doch auch die Reingewinne der Werke riesig in die Höhe gegangen, die Lebensbedürfnisse der Arbeiter aber im allgemeinen ganz bedeutend teurer geworden. Die immer wiederholten Berichte von den angeblich so hohen Löhnen veranlaßten nur die Hausbesitzer und die Kaufleute, Mieten und Warenpreise weiter zu steigern. Die grundlosen Vorwürfe über die verweigerten Bummelschichten aber seien nur geeignet, die Erbitterung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu steigern und die Kluft zwischen beiden zu erweitern.

Die Vertreter der katholischen Organisation haben mit ihrer Kritik das Richtige getroffen, ob sie aber auch die Konsequenzen ziehen und ihre Mitglieder zum Kampfe gegen solche Ungerechtigkeit führen werden, ist eine andere Frage. Wollen die oberschlesischen Bergleute solche Verhältnisse nicht länger ertragen und sich den Herren als eine Macht erzeigen, mit der sie zu rechnen, die sie berücksichtigen müssen, dann bleibt ihnen nur ein Weg: Der Beitritt in den Bochumer Bergarbeiter-Verband, der allein konsequent und zielbewußt den Kampf für die Interessen der Bergarbeiter führt. Und es gäbe keine günstigere Zeit für die oberschlesischen Bergleute, sich gegen ihre [illegible] den „Herren" durchzusetzen, als die gegenwärtige. Die Kohlenmagnaten Oberschlesiens haben goldene Zeit, sie können Kohlen in ungemessenen Mengen verkaufen und brauchen viel, viel mehr gute, zuverlässige Arbeiter, wie sie haben. Es ist in Wahrheit ein Jammer, daß die oberschlesischen Bergleute in ihrer großen Mehrheit noch gleichgültig oder verständnislos der gewerkschaftlichen Organisation gegenüberstehen und die beste Zeit so ungenutzt verstreichen lassen. Möchte es den Bemühungen des Bochumer Verbandes gelingen, diesen Zustand bald zu ändern. Ist das doch auch im Interesse der kommenden Generation der Bergarbeiter in den [illegible] Bezirken von der allergrößten Bedeutung.

Brieg, 23. Juli. **Grober Unfug.** Am Dienstag Abend [illegible] auf dem Schießplatz eine Anzahl junger Leute, vermutlich Studenten von auswärts, einen großen Lärm. [illegible]

[illegible]

[illegible], 24. Juli. Legt die Wählerlisten ein. [illegible]

[illegible] a. O., 24. Juli. Eine neue Oderbrücke. [illegible]

[illegible], 24. Juli. Die Schlafstelle auf dem Eisenbahngeleis. [illegible] auf die Schienengeleise zum Schlafe niederlegte. [illegible] einen Fuß ab.

[illegible], 24. Juli. Unsere lieben ausländischen Landsleute. [illegible] fünf scharfe Schüsse [illegible] am Hinterkopf schwer verletzt, [illegible] verhaftet.

[illegible], 24. Juli. Die Berufs- und Gewerbezählung [illegible]

[illegible], 24. Juli. Neue Leichenausgrabung in der Brauner Giftmordaffäre. [illegible]

[illegible], 24. Juli. Kein Verbrechen. [illegible] eines natürlichen Todes gestorben und nicht ermordet worden. [illegible]

[illegible], 24. Juli. Raubmordversuch. [illegible]

[illegible], 24. Juli. Schulgesetz der Berliner [illegible]. [illegible]

[illegible] herabzudrücken. [illegible] war auf der Stelle tot.

[illegible], 24. Juli. Die Revision verworfen. [illegible] auf einen Monat Gefängnis. [illegible]

[illegible], 24. Juli. Blutlat. [illegible]

[illegible], 24. Juli. In der Warthe ertrunken. [illegible] der Jäger [illegible]

[illegible], 24. Juli. Feuer. [illegible] Schadenfeuer; [illegible] vernichtet; [illegible]

Aus den Gerichtssälen.

[illegible]

[illegible] „Die Schule gegen die Eltern" [illegible]

[illegible]

[illegible] Der Vorsitzende [illegible] Weber [illegible]

[illegible] „Einen 20 Jahre [illegible] als ein Kind der Schwarze" [illegible]

[illegible] abgelehnt.

Versammlungen und Vereine.

[illegible] „Die Entwicklung und der Stand der deutschen Gewerkschaften." [illegible]

[illegible]

Eine öffentliche Schifferversammlung [illegible]

[illegible] Die nachbezeichneten Bootsleute waren 1904 bei uns beschäftigt und dürfen nicht mehr angenommen werden. [illegible]

[illegible]

[illegible] Genosse Vetterhanfel [illegible]

[illegible]

Gelegenheiten der Breslauer Sehenswürdigkeiten.

[illegible]

[illegible]

Breslauer Marktbericht.

Feststellungen der [illegible]

Breslau, 24. Juli 1905. — Für 100 Kilogramm

	gute höchste	gute niedr.	mittlere höchste	mittlere niedr.	gering. höchste	Ware niedr.
[illegible]	21.90	21.10	21.—	20.70	20.60	19.40
[illegible]	21.80	21.—	[illegible]	[illegible]	20.30	[illegible]
[illegible]	20.—	19.—	[illegible]	[illegible]	18.30	18.—
[illegible]	16.30	15.10	15.—	14.70	14.60	14.30
[illegible]	18.20	17.80	17.70	17.50	17.40	17.—
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	17.30	[illegible]
[illegible]	[illegible]	18.—	[illegible]	[illegible]	15.—	14.30
[illegible]	21.—	—	[illegible]	—	[illegible]	—

[illegible]

Vieh.

[illegible]

[illegible]

[illegible]